Anträge

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag und Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Antragsnummer	Titel (Stichwort; Überschrift unten) · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
L01	Es reicht! Kürzt euch doch selbst! Landesvorstand *angenommen*	33
L02	Von der antifaschistischen Haltung in die Handlung kommen LAG Antifa *angenommen*	36
L03	Klimakatastrophe endlich konsequent bekämpfen! Zukunftsentscheid und Klimaneutralität sozial gerecht umsetzen! Dieter Lesemann, Emily Stiers (ZS (Stimmrecht) AG Klimagerechtigkeit, del-ZS:MQ-Ers01), Erik Böhm (ZS (Stimmrecht) AG Klimagerechtigkeit, del-ZS:OL), Wiebke Jürgens (BV Wandsbek, del-BV:MQ), LAG Klimagerechtigkeit, Landesvorstand, Laura Bader, Sandra Bläß *angenommen*	39

A - Allgemeine Anträge

Antragsnummer	Titel (Stichwort; Überschrift unten) · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
A01	Für eine feministische Linke in allen Bezirken LAG Queer, LAG Feminismus *angenommen*	3
A02	Demokratie braucht Bildung - Bildung braucht Demokratie Luzian Massarrat (Landesvorstand, BV HH-Mitte, del-BV:OL, Landesvorstandskandidat*innen), LAG Bildungspolitik *angenommen*	6
A03	Parlamentarische Beobachtung LAG Innenpolitik, LAG Antifa *angenommen*	10
A05	Sozialistische Intelligenz statt Künstlicher Intelligenz LAG Netzpolitik *angenommen*	11
A06	Aufwandspauschale für Landessprecher*innen Bezirksvorstand HH-Mitte *angenommen*	14
A07	Resolution: Kuba-Solidarität AG Studierendenpolitik *angenommen*	15
A08	Klimagerechtigkeit als völkerrechtliche Verpflichtung Nicole Caputo (BV Altona, del-BV:MQ, Landesvorstandskandidat*innen), Jan Walenda (del-Jugendverband:OL, Landesvorstandskandidat*innen), David Stoop (BV HH-Mitte, del-BV:OL, Abgeordnete), Luzian Massarrat (Landesvorstand, BV HH-Mitte, del-BV:OL, Landesvorstandskandidat*innen), LAG Völkerrecht *angenommen*	17

Antragsnummer	Titel (Stichwort; Überschrift unten) · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
A09	Recht steht über Macht – Den Internationalen Strafgerichtshof gegen Sanktionen verteidigen LAG Völkerrecht *angenommen*	20
A10	Eigentum verpflichtet! Mieter*innen vor Verwahrlosung, Gefahren und Verdrängung schützen Toni Fochmann (BV HH-Nord, del-BV:OL), Quentin Villwock (BV HH-Mitte, del-BV:OL, Landesschiedskommission), Lisa Grötzner (BV HH-Nord, del-BV:MQ), Kevin Vollbrich (BV HH-Nord, del-BV:OL), LAG Die Linke hilft *angenommen*	22
A11	Verantwortungsvoller Umgang mit KI im öffentlichen Dienst LAG Netzpolitik *angenommen*	24
A12	Internationale Solidarität auch bei Beschaffung und Merchandise konsequent umsetzen Lisa Grötzner (BV HH-Nord, del-BV:MQ), Kevin Vollbrich (BV HH-Nord, del-BV:OL), Toni Fochmann (BV HH-Nord, del-BV:OL), LAG Klimagerichtigkeit, Hermann Kaienburg (AG Welthandel und Entwicklung) *angenommen*	26
A14	Wohnungspolitik für Hamburg Brigitte Basler (BV Altona, del-BV:MQ, Landesfinanzrevisionskommission), Marie Kleinert (BV Altona, del-BV:MQ, Abgeordnete), Natalia Wilhelmi (Landesvorstand, BV Altona, del-BV:MQ, Landesvorstandskandidat*innen), Suzana Kamperidis (Landesvorstand, BV Altona, del-BV:MQ), Ralf Dorschel (BV Altona, del-BV:OL), Yavuz Fersoglu (BV Altona, del-BV:OL, 11.10.26: Absage), Annabel Sophie Reich (BV Altona, del-BV:MQ), Valentin Schroeteler (BV Altona, del-BV:OL, 11.10.26: Absage), Norbert Grosz (BV Altona, del-BV:OL), Rolf Entgelmeier (BV Altona, del-BV:OL), Kolja Rosemann (BV Altona, del-BV:OL), Jan Libbertz (BV Eimsbüttel, del-BV:OL, Abgeordnete), Heike Faust-Benecke (BV Eimsbüttel, del-BV:MQ) *angenommen*	27
A15	Regelanfrage LAG Innenpolitik *angenommen*	28
A17	Für mehr Sensibilität und Wissen im Umgang mit Diskriminierung - Antisemitismus stoppen LAG Gegen jeden Antisemitismus *angenommen*	29

D - Dringlichkeitsanträge

Antragsnummer	Titel (Stichwort; Überschrift unten) · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
D01	Aufklärung NSU-Komplex Rachid Messaoudi (BV HH-Nord, del-BV:OL-Ers02), LAG Antifa *angenommen*	30
D03	Gegen Kriegskeynesianismus und Militarisierung norddeutscher Häfen und Industrie LAG Antimilitarismus *angenommen*	31

Antrag A01: Für eine feministische Linke in allen Bezirken

Status:	angenommen

Konsequente Umsetzung des Beschlusses „Für eine feministische Linke in allen Bezirken“, beschlossen am 27.09.2025 auf der 2. Tagung des 9. Landesparteitags

Der Landesparteitag bekräftigt den oben genannten, im Jahr 2025 gefassten, Beschluss zur Stärkung feministischer, queerer, antirassistischer, antisexistischer, antidiskriminierender und awareness-orientierter Arbeit im Landesverband der Linken Hamburg.

Die darin formulierten Grundsätze sollen nicht nur politische Position der Partei sein, sondern sich auch in unserer innerparteilichen Arbeit und unseren Strukturen widerspiegeln. Der Landesvorstand wird deshalb beauftragt, die Umsetzung des Beschlusses gemeinsam mit den zuständigen Landesarbeitsgemeinschaften, Bezirksverbänden und Ortsgruppen weiterzuführen und konkrete, umsetzbare Maßnahmen dafür zu entwickeln.

1. Gemeinsame Haltung und Mobilisierung

Die oben beschriebene und 2025 beschlossene Haltung der Linken soll auf allen Ebenen der Partei sichtbar und handlungsleitend sein. Der Landesvorstand schafft daher gemeinsam mit den zuständigen LAGen Möglichkeiten, diese Themen regelmäßig innerhalb der Partei zu diskutieren und die gemeinsame politische Praxis weiterzuentwickeln. Der 25. November, der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen* und Mädchen* (Internationaler Tag gegen patriarchale Gewalt), soll als landesweiter Aktionstag genutzt werden. Der Landesverband unterstützt und koordiniert gemeinsam mit den zuständigen LAGen die Mobilisierung der Bezirksverbände und Ortsgruppen und unterstützt diese bei der Planung, Durchführung und Bewerbung eigener oder gemeinsamer Aktionen.

2. Arbeit vor Ort und LAGen stärken und finanziell unterstützen

Es heißt außerdem im Beschluss von 2025: „Feministische, queere, antirassistische antidiskriminierende und awareness-orientierte Initiativen in allen Bezirken und Ortsgruppen werden materiell, finanziell und durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.“ Der Landesverband unterstützt entsprechende Veranstaltungen, Bildungsangebote und politische Aktionen finanziell und bei der Öffentlichkeitsarbeit - soweit dies im Rahmen der verfügbaren Mittel möglich ist. Dazu gehört insbesondere die Unterstützung bei Social Media, Webseiten, Pressearbeit und bei der Bewerbung von Veranstaltungen. Die LAGen Feminismus und Queer sowie antirassistische und antidiskriminierende Strukturen werden bei ihrer Bildungs-, Vernetzungs- und Aktionsarbeit finanziell und organisatorisch unterstützt.

Grundlage für die Finanzierung soll der transparente Fonds für diese Zwecke sein, der ebenfalls Teil des letztjährigen Beschlusses ist. Der Landesvorstand möge diesen Fond - sofern noch nicht geschehen – so schnell wie möglich einrichten. Der Landesverband prüft außerdem gemeinsam mit den Bezirksverbänden, inwieweit auf Bezirksebene eigene solidarische Fonds oder entsprechende Budgets eingerichtet bzw. vorhandene Mittel für diese Arbeit genutzt werden können. Die Vergabe der Mittel soll transparent und nachvollziehbar erfolgen.

3. Sichtbarkeit und Beteiligung stärken

Die Beteiligung von FLINTA*, queeren Menschen, BIPoC, Migrant*innen und anderen von Diskriminierung betroffenen Menschen** an politischen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen soll innerhalb der

Partei weiter gestärkt werden. Dafür sollen niedrigschwellige Möglichkeiten zur politischen Beteiligung, Vernetzung und Übernahme von Verantwortung geschaffen werden. Bestehende Regelungen zur Quotierung und Repräsentation sollen daraufhin überprüft werden, ob sie eine vielfältige Beteiligung ermöglichen und konsequent umgesetzt werden. Menschen aus bisher unterrepräsentierten Gruppen sollen gezielt zur Mitarbeit und zur Übernahme politischer Verantwortung ermutigt werden.

4. Awareness, Schutz und Umgang mit übergriffigem Verhalten

Awareness ist eine gemeinsame Verantwortung und nicht allein Aufgabe einzelner Awareness-Personen. Deshalb soll Awareness als Bestandteil der politischen und organisatorischen Arbeit von Die Linke Hamburg weiter verankert werden.

Auf Initiative der LAG Feminismus und Grundlage des Ursprungs-Antrages ***„Für eine feministische Linke in allen Bezirken“*** hat der Landesvorstand eine externe Person zur Entwicklung eines Awareness-Konzepts beauftragt, das fachlich geeigneten Stellen, verbindliche Verfahren und Zuständigkeiten festlegt. Dieses Vorgehen ist im **Antrag 06: Strukturkonzept Awareness- und Vertrauensarbeit** konkretisiert und finanziell zugesichert worden. Es gilt nun, dieses **Awareness Strukturkonzept Die Linke in Hamburg** zügig in allen Bezirken umzusetzen. Das bedeutet, dass so schnell wie möglich Gremien, Anlaufstellen, Vertrauenspersonen, Verantwortliche und Schlichtungsstellen eingerichtet werden müssen. Zudem müssen Schulungen angeboten, eine kritische Reflexion des Konzeptes durchgeführt und Maßnahmen der Qualitätssicherung umgesetzt werden.

5. Verbindliche Bildungsarbeit

Der Landesverband benennt ein bis zwei Personen aus dem Landesvorstand, die für die Koordination und Weiterentwicklung der innerparteilichen Bildungs- und Awarenessarbeit zuständig sind. Sie übernehmen insbesondere die Vernetzung zwischen dem Landesvorstand, den haupt- und ehrenamtlich für Awareness und Bildungsarbeit zuständigen Personen, den Arbeitsgemeinschaften und Bezirken sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung und weiteren relevanten Kooperationspartner*innen. Ziel ist es, bestehende Angebote und Strukturen miteinander zu verknüpfen, Bedarfe innerhalb des Landesverbandes zu erfassen und eine kontinuierliche sowie bedarfsgerechte Bildungsarbeit sicherzustellen.

Für eine fundierte Etablierung und kontinuierliche Weiterentwicklung dieser innerparteilichen bildungspolitischen Grundstruktur organisiert der Landesvorstand mindestens einmal pro Quartal ein landesweites Bildungs- oder Vernetzungsangebot. Diese Angebote vermitteln feministische, queere, antirassistische, intersektionale und weitere antidiskriminierende Perspektiven und setzen sich insbesondere mit Awareness, dem Umgang mit Diskriminierung und kritischer Männlichkeit auseinander. Dabei sollen sowohl grundlegende Kenntnisse vermittelt als auch praktische Handlungsmöglichkeiten für den innerparteilichen Alltag entwickelt und gestärkt werden.

Die jeweiligen Bildungs- und Vernetzungsangebote werden zeitnah nach ihrer Durchführung evaluiert und in einer reflexiven Auswertungs- und Planungseinheit nachbereitet. Die hierfür benannten Personen aus dem Landesvorstand koordinieren diesen Prozess und wirken darauf hin, dass die Ergebnisse der Evaluation in die Planung und Ausgestaltung der jeweils folgenden Bildungsangebote einfließen. Auf diese Weise wird eine kontinuierliche Qualitätssicherung gewährleistet und sichergestellt, dass notwendige Veränderungen und Anpassungen frühzeitig erkannt und umgesetzt, sowie die Bildungsangebote an aktuelle Bedarfe und Erfahrungen innerhalb des Landesverbandes angepasst werden.

6. Umsetzung und Rechenschaft

Der Landesvorstand wird beauftragt, die Umsetzung dieses Beschlusses, der im Wesentlichen die konsequente Umsetzung eines alten Beschlusses fordert, gemeinsam mit den zuständigen LAGen, Bezirksverbänden und Ortsgruppen weiterzuverfolgen und die dafür notwendigen Maßnahmen und Zuständigkeiten festzulegen.

Dem folgenden ordentlichen Landesparteitag wird über die Umsetzung des Beschlusses berichtet. Der Bericht soll insbesondere die durchgeführten Bildungs- und Awareness-Angebote, die Unterstützung der Gliederungen, die eingesetzten finanziellen Mittel sowie die Weiterentwicklung der Awareness-Strukturen darstellen.

Antrag A02: Demokratie braucht Bildung - Bildung braucht Demokratie

Status:	angenommen

Demokratie braucht Bildung - Bildung braucht Demokratie

Die Demokratie wird angegriffen. Die rechtsextreme AfD ist im Aufwind und schmiedet Pläne zum Abbau der Demokratie. In vorauseilendem Gehorsam machen sich auch andere Parteien auf den Weg und stutzen Meinungsfreiheit, Wissenschaft, soziale Sicherheit oder auch Inklusion. Dabei kann Demokratie auf Dauer nicht funktionieren, wenn sie die Voraussetzungen dafür abbaut, dass Menschen demokratisch urteilen, handeln und teilhaben können.

Ein wesentliches Feld zum Schutz der Demokratie ist der Bildungsbereich, denn keine Demokratie kommt ohne Demokrat*innen aus. Als Demokrat*innen werden wir nicht geboren: Demokratisches Handeln muss erlernt werden. Dazu ist es wesentlich, dass Demokratie nicht bloß erklärt, sondern erlebt wird. Es ist hochproblematisch, dass insbesondere junge Menschen kaum Möglichkeiten erhalten, selbst demokratisch mitzubestimmen. Dabei verpflichtet auch die UN-Kinderrechtskonvention in Art. 12 dazu, die Meinung von Kindern zu hören und zu berücksichtigen. Doch der Alltag junger Menschen ist bestimmt von hierarchischen Institutionen. Zugleich ist Bildung an sich essenziell zur Entwicklung eines aufgeklärten Denkens. Bildung vermittelt pluralistische Perspektiven, Eigenständigkeit und die Fähigkeit des kritischen Hinterfragens und Prüfens. Auch gemäß Art. 29 der UN-Kinderrechtskonvention müssen Kinder in demokratischen Werten und Kompetenzen gebildet werden.

Im Bildungssystem ist Demokratie bisher nur unzureichend angekommen. An Hochschulen gibt es zwar umfassende studentische Mitbestimmungsmöglichkeiten, der Einfluss auf die Gestaltung der Hochschulen ist aber eingeschränkt, da Institutionen so gestaltet sind, dass Studierende und Mitarbeitende allein keine Mehrheiten erhalten können. Unsere Schulen bleiben hinter jedem demokratischen Anspruch weit zurück. Politische Bildung wird viel zu sehr nur als Punkt im Lehrplan betrachtet. Dabei kann Demokratie nicht frontal unterrichtet werden: Sie muss gelebt werden. Der Einbezug der wenigen Schülervertreter*innen ist für das Erleben von Demokratie völlig unzureichend. Auch erhalten die Selbstvertretungen der Schüler*innen nicht nur viel zu wenig reale Mitbestimmungsmöglichkeiten, das ganze Schulsystem ist autoritär aufgebaut. Darin schlägt sich seine Herkunft aus der Kaiserzeit nieder, in der der Zweck des Schulsystems der Erhalt der autoritären Ständegesellschaft war. Schüler*innen erhalten kaum – und wenn nur bei Detailentscheidungen - Möglichkeiten, über ihr eigenes Leben mitzubestimmen. Stattdessen werden viele Entscheidungen ohne Mitsprachemöglichkeiten der Schüler*innen streng hierarchisch von oben nach unten gefällt. Demokratiebildung, die ein Querschnittsthema für den Unterricht sein müsste, fällt in der Umsetzung viel zu oft hintenüber, da sie strukturell nicht ausreichend in Lehrplänen und auch der Lehrkräfteausbildung verankert ist. So wird Demokratiebildung im schulischen Alltag kaum abgebildet, obwohl zwei Drittel der Lehrkräfte sich mehr Demokratiebildung an ihrer Schule wünschen. In einer solchen Umgebung ist es schwer, demokratisches Handeln zu lernen. Doch Demokratiebildung endet nicht an der Schultür, sondern ist eine Frage demokratischer Infrastruktur. Sie ist eine lebenslange und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Menschen brauchen Zeit, Informationen, analoge und digitale soziale Räume, Ressourcen und tatsächliche Möglichkeiten, um sich politisch zu bilden, miteinander auszutauschen, sich zu organisieren und zu beteiligen. Diese Möglichkeiten müssen für alle zugänglich sein und dürfen nicht von Alter, Bildungsweg, sozialer Herkunft, Einkommen, Sprache oder Behinderung abhängen. Demokratiebildung muss bestehende Ungleichheiten politischer Teilhabe abbauen, statt sie zu reproduzieren. Dafür braucht es neben einem Unterricht, der sich deutlich stärker an gegenwärtigen und

zukünftigen Lebensrealitäten orientiert, qualifizierte und kontinuierlich weitergebildete Fachkräfte sowie dauerhaft finanzierte außerschulische Orte und Strukturen, in denen Menschen sich informieren, begegnen, streiten, organisieren und gemeinsam handeln können. Zudem ist durch die zunehmende Relevanz von digitalen Plattformen, digitalen öffentlichen Räumen, Algorithmen und KI die politische Medienbildung heute ein unverzichtbarer Teil von Demokratiebildung. Menschen müssen digitale Öffentlichkeit kritisch verstehen und selbstbestimmt mitgestalten können. Die dafür notwendigen Fähigkeiten können nicht einmalig vermittelt werden, sondern müssen angesichts sich ständig verändernder Technologien und Öffentlichkeiten kontinuierlich erlernt, angewendet und weiterentwickelt werden.

Bildung braucht Demokratie, denn Bildung kann demokratische Menschen kaum hervorbringen, wenn ihre Institutionen selbst hierarchisch, exklusiv, sozial ungleich und ohne reale Beteiligungsmöglichkeiten organisiert sind. Demokratie braucht Bildung heißt nicht: Politikunterricht. Es heißt: Demokratie braucht Menschen, die urteils- und handlungsfähig sind und gesellschaftliche Strukturen, die ihnen ermöglichen, diese Fähigkeiten ein Leben lang zu entwickeln und anzuwenden.

Demokratiebildung muss Menschen dazu befähigen, Demokratie zu verstehen, zu beurteilen und selbst zu gestalten. Dazu gehören Wissen, Urteilsfähigkeit und kritisches Denken, demokratische Werte und Haltungen sowie politische Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit. Demokratisches Handeln zu lernen bedeutet deshalb mehr, als zu wissen wie Demokratie funktioniert. Menschen müssen Informationen und Quellen einordnen, Interessen und Machtverhältnisse erkennen, ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten kennen, eigene Interessen vertreten und sich gemeinsam mit anderen einmischen können. Demokratie lebt davon, dass Menschen Selbstwirksamkeit erfahren: Meine Stimme zählt, ich kann Einfluss nehmen und Gesellschaft mitgestalten.

Obwohl Bildung für Demokratie notwendig ist, steht sie unter Beschuss: In Hamburg kollabieren die Hochschulen unter der aggressiven Sparpolitik des Senats, auch die gebundenen Ganztagsschulen sollen per Haushaltsbeschluss abgeschafft und die Arbeitsbelastung für Lehrkräfte angehoben werden. Die Inklusion – die in Hamburg noch lange nicht bei allen angekommen ist – soll durch drastische Kürzungen bei Schulbegleitungen demoliert werden. Obwohl ein guter Ganztag eine deutlich bessere Demokratiebildung ermöglichen kann, fällt gerade dieser aktuell ebenfalls den Kürzungen zum Opfer. Gleichzeitig streicht die Bundesregierung zahlreiche Fördermittel für Demokratiebildung und zerstört dadurch wichtige Angebote der außerschulischen und der Erwachsenenbildung. Die antidemokratische AfD werden all diese Entwicklungen freuen, gehen sie doch genau in die menschenfeindliche Richtung, die sie sich vorstellt und die sie etwa in Sachsen-Anhalt angekündigt hat: Dort sollen Demokratieprogramme gestrichen, die Landeszentrale für politische Bildung geschlossen, schulische Inklusion beendet, studentische Mitbestimmung abgeschafft, die Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt und linke, plurale, demokratische Ideen aus Schulen verdrängt werden.

Diese Angriffe der Rechten und der Regierenden nehmen wir nicht hin. Wir verstehen Bildung als Schlüsselbaustein für Erhalt und Weiterentwicklung der Demokratie.

Deshalb fordert Die Linke Hamburg:

1. **das Wahlalter für Bundestagswahlen auf 16 Jahre abzusenken und für Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftswahlen eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre zu prüfen.** Früheres Wahlrecht schafft Partizipationsmöglichkeiten und somit demokratische Aktivität. Auch werden wesentliche Entscheidungen weniger über die Köpfe der betroffenen hinweggefasst.
2. **in allen Hamburger Bezirken und auf Landesebene Kinder- und Jugendbeiräte einzurichten.** Nach dem Vorbild der Senior*innenbeiräte sollen auch junge Menschen überall die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen zu vertreten.

3. **Bürger*innenräte zu Bildungspolitik in Hamburg sowie auf Bundesebene einzuberufen.** Das deutsche wie auch das Hamburgische Bildungssystem brauchen keine Reform, sie brauchen eine Revolution. Mit Bürger*innenräten kann ein demokratischer Prozess zu einem gerechten und guten Bildungssystem beginnen.
4. **die Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Schüler*innenkammer Hamburg sowie für die Studierendenvertretungen auszuweiten.** Repräsentation mit begrenztem Einfluss ist nicht nur entmutigend, sie bleibt auch hinter dem Anspruch demokratischer Mitbestimmung betroffener Akteur*innen zurück.
5. **Entscheidungsprozesse der Schulpolitik zu demokratisieren, indem insbesondere Schüler*innen verbindlich daran beteiligt werden.** Viel zu oft werden Entscheidungen ohne Mitsprache der Hamburger Schüler*innen und der Beschäftigten getroffen, obwohl diese am stärksten von Entscheidungen beeinflusst werden.
6. **Demokratiebildung als eigenständigen Kompetenzbereich in allen Etappen der Bildungsbiografie verankern.** Demokratiebildung darf nicht von engagierten Lehrkräften und Pädagog*innen abhängen, sondern muss mithilfe von Lehrevaluationen in allen Bildungspassagen konsistent und zentral verankert werden. Teil davon muss auch kritisches Denken und lebendige Debattenkultur sein.
7. **Hamburger Schulen anzuregen, demokratische Mitbestimmung der Schüler*innen zu ermöglichen.** Schule nimmt einen großen Teil im Leben junger Menschen ein und sollten demokratischer strukturiert sein. Konzepte wie beispielsweise aula ermöglichen es, sie demokratisch zu gestalten und Demokratie zu leben und so zu lernen.
8. **an allen Grundschulen und Kitas Kinderparlamente zu ermöglichen.**Kinderparlamente schaffen den Raum und die Zeit, sich mit Demokratie sowie Kinder- und Menschenrechten beschäftigen und demokratische Praxis erlernen können.
9. **Lehrpläne so zu gestalten, dass in Stundenplänen Zeit für soziales Miteinander und gesellschaftliches Engagement eingeräumt wird.**Gesellschaftliche und soziale Themen fallen viel zu oft engen Zeitplänen zum Opfer du sollten deshalb fest verankerte Kernzeiten, u.a. in Klassenräten, erhalten.
10. **Demokratiebildung verstärkt in der Lehrkräfteausbildung zu verankern.** Damit Lehrkräfte politisch bilden können, muss die Demokratiebildung endlich umfassender Teil in der Lehrkräfteausbildung werden.
11. **Debattenformate zwischen Schüler*innen und Politiker*innen wie Dialog P oder Podiumsdebatten auszubauen und zu verstetigen.** Politiker*innen sollten erreichbar sein und ihre Positionen in kritischen Diskursen darstellen – insbesondere zwischen den Wahlen.
12. **Träger von Bildungsangeboten zu Demokratie, Antirassismus und Inklusion langfristig finanziell und strukturell abzusichern.** Statt einer Abhängigkeit von befristeten Förderprogrammen braucht es eine deutlich stärkere institutionelle Förderung, dauerhaft finanzierte Fachstellen und kontinuierliche Angebote der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.
13. **politische Medienbildung als Teil der Demokratiebildung dauerhaft und flächendeckend auszubauen.** Dafür braucht es qualifizierte Fachkräfte und kontinuierliche Angebote für alle Altersgruppen zu digitaler Öffentlichkeit, Plattformen und Algorithmen, KI, Desinformation, Medienproduktion und digitaler politischer Teilhabe.
14. **Demokratiebildung und Beteiligung für alle Menschen zugänglich zu machen.**Öffentlich finanzierte Angebote müssen kostenfrei und barrierefrei sein; notwendige Kosten für räumliche und digitale Barrierefreiheit, verständliche und Leichte Sprache, Gebärdensprache und Assistenz müssen vollständig förderfähig sein.

Antrag A03: Parlamentarische Beobachtung

Status:	angenommen

Vom Parlament auf die Straße: Parlamentarische Beobachtung als praktische Solidarität

Der Landesverband Hamburg ersucht alle Abgeordneten der Bürgerschaftsfraktion, als parlamentarische Beobachter*innen an Demonstrationen teilzunehmen.

Der Landesverband Hamburg ersucht überdies die Bürgerschaftsfraktion, ihre Abgeordneten zur parlamentarischen Beobachtung von Demonstrationen anzuhalten und regelmäßige Schulungen für die Abgeordneten zu diesem Zweck anzubieten.

Für Rückfragen steht den Abgeordneten, die parlamentarische Beobachtung durchführen, regelmäßig auch juristische Expertise zur Verfügung. Auf
Demonstrationsgeschehen erfolgt die juristische Begleitung durch bewährte Strukturen, deren Zuständigkeit nicht durch eine Parallelstruktur der
Linksfraktionen gedoppelt werden sollte.

Antrag A05: Sozialistische Intelligenz statt Künstlicher Intelligenz

Status:	angenommen

Regulierung von Künstlicher Intelligenz für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und solidarische Gesellschaft

Der unkontrollierte Hype um "KI" zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen, vertieft soziale Ungerechtigkeiten, automatisiert Vorurteile und entwertet menschliche Wissens- und Kreativarbeit. Globale Tech-Konzerne betreiben gigantische Rechenzentren auf Kosten unseres Grundwassers und Klimas, während sie an der Börse zu absurden und unheilbringenden Blasen heranwachsen. Spätestens die neuesten Nachrichten darüber, dass US-KI-Firmen im großen Stil alte Bücher vernichten, sollten uns wachrütteln: Wir müssen diese Technologie kritisch hinterfragen und ihr Schadenspotenzial einhegen!

Insbesondere problematisch ist generative KI, um die sich der aktuelle Hype meist dreht.
Generative KI ist nichts weiter als ein statistisches Sprachmodell. Das bedeutet, dass Inhalte zwar plausibel aussehen, aber nicht auf tatsächlichem Wissen und Verständnis aufbauen, sondern nur auf Basis von Wahrscheinlichkeiten generiert werden (sog. "stochastische Papageien").
Die Modelle wirken dabei als Blackboxen, da diese Wahrscheinlichkeiten meist nicht einsehbar und aufgrund der Größe und Komplexität der Modelle für Menschen nicht nachvollziehbar sind.
Darüber hinaus sind alle Modelle nicht-deterministisch, d. h. die gleiche Eingabe führt nicht zur exakt gleichen Ausgabe.

Die Linke Hamburg beschließt:

Der Einsatz von generativer KI sollte, wenn mit sensiblen und persönlichen Daten und ohne aktive Einwilligung der betroffenen Personen gearbeitet wird, für den öffentlichen und verbeamteten Dienst grundsätzlich ausgeschlossen werden. Das schließt explizit den Einsatz von KI und Drohneneinsätze bei der Polizei ein.
Wenn generative KI eingesetzt wird, sollten die Schäden für Umwelt und Gesellschaft minimiert werden. Um das objektiv einzuordnen, braucht es erkennbare, verständliche und vergleichbare Metriken, die von unabhängigen Stellen ermittelt und evaluiert werden. Die unterschiedlichen Technologien & Einsatzzwecke sind gesellschaftlich getrennt voneinander zu bewerten. Demokratieförderliche Projekte, die einer gerechteren Gesellschaft dienen (zum Beispiel Ressourcenplanung und -verteilung oder Aufarbeitung parlamentarischer Beschlüsse) oder Barrieren abbauen, sofern sie auf öffentlich zugänglichen Daten beruhen, stellen Ausnahmen dar.
Menschlicher Einsatz ist dem Einsatz von KI prinzipiell vorzuziehen.

Bilder, Videos & Texte - Kreative Arbeit aufwerten: "Ohne KI entstanden" als Qualitätsmerkmal

Bei der Außenkommunikation der Landespartei sollten, nach dem Prinzip "show, don't tell", für die Erstellung von Bildern, Videos und Texten sichtbar Künstler:innen, Texter:innen usw. eingebunden und der Hinweis "Ohne KI entstanden" verwendet werden. Aber auch für parteiinterne Zwecke nutzt die Linke Hamburg prinzipiell keine generative KI zur Erstellung von Bildern, Videos und Texten.
Wir nutzen die Sozialistische Intelligenz (SI) anstatt der KI.

Zu diesem Zweck wird ein innerparteiliches Netzwerk aufgebaut, das Aufgaben in diesen Bereichen gezielt an Menschen mit dem passenden Fachwissen oder passenden außer-parteilichen Kontakten verteilt. Authentizität, Kreativität und Menschlichkeit stehen dabei im Vordergrund, nicht Perfektion oder geschliffene Sprache.

Unsere Kommunikation darf Ecken und Kanten haben!

Deepfakes oder Bilder & Videos von realen Menschen dürfen nicht erstellt oder

weiterverbreitet werden.

Einsatz generativer KI als assistive Technologien

Generative KI kann zur Verbesserung der Barrierefreiheit eingesetzt werden, z.B. bei der Übersetzung von Texten in einfache Sprache oder bei der automatischen Erstellung von Untertiteln bzw. Sprache-zu-Text. Diese Form der KI sollte nur eingesetzt werden, wenn Betroffene einverstanden sind und darf nicht als Ausrede für das Aufrechterhalten von Barrieren in der Gesellschaft dienen.

Einsatz von generativer KI bei Recherchen

Generative KI kann zur Recherche eingesetzt werden, dabei muss aber unbedingt darauf geachtet werden, Informationen gewissenhaft zu prüfen, bevor diese weiterverbreitet werden. Die Genauigkeit der Antworten von KI-Modellen nimmt potenziell ab, je spezifischer/fachlicher die Anfragen sind. Gerade für komplexe Themen sollte daher auf die Expertise von Menschen gesetzt werden.

Einsatz generativer KI fürs Coden oder Automatisieren

Generative KI kann zur Unterstützung beim Automatisieren wiederkehrender Aufgaben genutzt werden. Hierbei muss insbesondere darauf geachtet werden, dass KI-Anwendungen niemals zur Entscheidungsfindung genutzt werden dürfen. Jegliche mit KI erstellte Automatisierung muss stets menschlicher Kontrolle unterliegen und klar definierten deterministischen Regeln folgen. Wenn Prozesse automatisiert werden, ist stets Raum für Einzelfälle & Ausnahmen zu lassen - Automatisierung darf nicht ausgrenzen!
Automatisierte Prozesse müssen stets transparent für Nutzende als solche gekennzeichnet sein.

Welche KI kann ich nutzen?

Wenn KI für Assistenz, Automatisierung oder Recherche eingesetzt wird, müssen dennoch einige Dinge beachtet werden.
Der Einsatz von US-Hyperscalern bzw. Monopolisten ist zu vermeiden, dazu zählen z.B. OpenAI, Microsoft, Google, Grok, Anthropic und Schwarz Digital.
Stattdessen sollten Anbieter genutzt werden, die folgende Punkte erfüllen:

- Open?Source/Open?Weights?Lösungen
- Hohe Energie?Sparsamkeit und ausschließlich Energie aus erneuerbaren Energieträgern
- Hohe Wassernutzungseffizienz (WUE)
- Firmensitz und Standorte in Europa
- Zero Data Retention - also keine Speicherung von Daten, kein Training mit Eingaben
- Lizenzierte oder offene Trainingsdaten für das Modelltraining

Für weitere Details planen wir einen Leitfaden und/oder Infoabende.

Antrag A06: Aufwandspauschale für Landessprecher*innen

Status:	angenommen

Aufwandspauschale für Landessprecher*innen

Der Landesvorstand erarbeitet ein rechtssicheres Konzept, nach dem die Landessprecher*innen des Landesverbands die Möglichkeit haben, ab 2027 eine Aufwandspauschale erhalten können.

Landessprecher*innen, die Bezüge aus einem Abgeordnetenmandat haben oder als Mitarbeiter*innen bei der Partei oder einer Fraktion angestellt sind, sollen keine Aufwandspauschale erhalten.

Die Höhe der Aufwandspauschale ist im Konzept des Landesvorstands festzusetzen, soll unter 1000 € liegen und ist so zu wählen, dass aus ihr keine ökonomische Abhängigkeit entsteht.

Antrag A07: Resolution: Kuba-Solidarität

Status:	angenommen

Resolution

Container für Kuba:

Hapag-Lloyd muß sofort liefern

Die Hamburger Linke fordert Hapag-Lloyd unmißverständlich auf, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen und die für Kuba bestimmten Container mit dringend benötigten Gütern sofort auszuliefern. Der Senat als Anteilseigner der Hamburger Reederei muß seinen Einfluß unverzüglich geltend machen.

Zur Zeit werden insgesamt rund 7.000 Container mit Ziel Kuba irgendwo in der Karibik „zwischengelagert". Sie stehen dort in der prallen Sonne und enthalten unter anderem verderblichen Lebensmittel und Medikamente.

Mit ihrer Weigerung, die Container auszuliefern, sind Reedereien wie Hapag-Lloyd vertragsbrüchig. Sie begründen dies mit der durch US-Präsident Donald Trump erneut verschärften Blockade gegen Kuba. Obwohl sie davon nicht unmittelbar betroffen sind, setzen sie die einseitigen Zwangsmaßnahmen vertragsbrüchig um, um aus purem Geschäftskalkül heraus den lediglich für möglich gehaltenen Folgestrafen durch die US-Regierung vorzubeugen.

Mit anderen Worten: Die Reedereien unterwerfen sich vorauseilend der Trumpschen Erpressungs- und Bedrohungspolitik.

Trumps Strategie des „maximalen Drucks" gegen Kuba zielt darauf, die Insel wie eine Stadt in den finstersten Zeiten des Mittelalters hermetisch abzuriegeln. Es gelangen kaum noch Güter dorthin oder von dort weg. Als Folge fließt Strom nur an wenigen Stunden pro Tag, Kraftstoffe sind kaum erhältlich, der öffentliche Personenverkehr und die Krankenwagensowie lebenswichtige Krankentransporte sind zum Erliegen gekommen, es fehlt an Ersatzteilen und Rohstoffen für die Wirtschaft sowie an Lebensmitteln, Medikamenten und anderen Produkten des täglichen Lebens.

Die Blockade bedroht, drangsaliert und mordet jeden Tag, jede Minute, jede Sekunde. Mit der erklärten Absicht, dass das kubanische Volk seine Souveränität aufgeben und sich dem Diktat aus Washington und der US-Konzerne unterordnen solle. Doch Kuba ist nicht allein, und Kuba kämpft.

Die US-Blockade wird von allen namhaften Völkerrechtler:innen als illegal kritisiert und seit über drei Dekaden jährlich von der UN-Vollversammlung mit übergroßer Mehrheit verurteilt. Der Kampf der kubanischen Bevölkerung für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Souveränität ist der Kampf für die Geltung des Völkerrechts, für Gerechtigkeit, Völkerfreundschaft und Frieden.

Ein Land, eine Stadt oder ein Unternehmen aus Europa, das sich an der Blockade beteiligt, untergräbt

damit die über Jahrhunderte erkämpften Errungenschaften des Rechtsstaates und des Völkerrechts. Es öffnet mit diesem Rückfall in vorbürgerliche Zeiten Tür und Tor der Willkür, der Gewalt und der Roheit nach Art eines Donald Trump.

An diesem Staatsterrorismus darf sich Hamburg nicht beteiligen. Die Hafenstadt muß dafür einstehen, dass der kubanischen Bevölkerung Recht widerfährt und dass dem internationalen Recht Geltung verschafft wird zum Wohle Aller. Dies um so mehr, als die französische Reederei CMA-CGM vor kurzem begonnen hat, Container an Kuba auszuliefern, nachdem sic starker internationaler Protest erhoben und das US-Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (OFAC) erklärt hatte, dass die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medizin nicht der Blockade unterliege.

Die Linke wird außerparlamentarisch und parlamentarisch nichts unversucht lassen, damit die von Hapag-Lloyd zurückgehaltenen Container nach Kuba verfrachtet werden. Der Landesvorstand wird beauftragt, eine öffentliche Protestnote an Hapag-Lloy zu verfassen und vor der Firmenzentrale im Ballindamm eine Kundgebung durchzuführen. Die Bürgerschaftsfraktion wird gebeten, den Protest durch Anfragen und Anträge zu unterstützen.

Hoch die internationale Solidarität!

Antrag A08: Klimagerechtigkeit als völkerrechtliche Verpflichtung

Status:	angenommen

Klimagerechtigkeit als völkerrechtliche Verpflichtung – Hamburgs Verantwortung für Klima, Menschenrechte und Biodiversität

Die Klimakatastrophe ist längst Realität. Das außergewöhnlich trockene Frühjahr 2025, die schweren Hitzewellen der Jahre 2025 und 2026, der zweitwärmste Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen in Deutschland im Jahr 2026, Rekordtemperaturen der Weltmeere sowie zunehmende Waldbrände in Deutschland und Europa zeigen die Dringlichkeit entschlossenen Handelns.
Die Klimakatastrophe ist zugleich Ausdruck einer Wirtschaftsweise, die ökologische Belastungsgrenzen sowie menschliche Arbeit und natürliche Lebensgrundlagen den Interessen von Profit und Wachstum unterordnet. Ihre Folgen sind sozial und international höchst ungleich verteilt. Menschen und Staaten, die historisch am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben, sind häufig besonders stark betroffen und verfügen aufgrund kolonialer Ausbeutung, Verschuldung und ungleicher Handelsbeziehungen über geringere Möglichkeiten, **Schutzmaßnahmen und die Bewältigung klimabedingter Schäden zu finanzieren.**

Eine linke Klimapolitik darf die ökologische Krise deshalb nicht als individuelles Konsumproblem behandeln. Erforderlich sind demokratische Kontrolle über Energie, Verkehr, Industrie und Infrastruktur sowie eine sozial gerechte Verteilung der Kosten und Chancen der ökologischen Transformation. Eine linke Klimapolitik muss deshalb auch die Eigentumsfrage stellen. Energieversorgung und andere zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge dürfen nicht den Profitinteressen privater Konzerne untergeordnet sein, sondern gehören in öffentliche beziehungsweise gemeinwirtschaftliche Hand und unter demokratische Kontrolle von Beschäftigten und Verbraucher*innen.

Gleichzeitig haben internationale Gerichte die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten zum Schutz von Klima, Umwelt und Menschenrechten grundlegend konkretisiert. Daraus ergeben sich auch für Deutschland und Hamburg neue politische Maßstäbe. Die Linke Hamburg fordert daher:

Forderungen:

Völkerrecht und Klimagerechtigkeit

1. Die deutsche, europäische und Hamburger Klimapolitik muss sich weiterhin am Ziel orientieren, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, auch wenn eine Einhaltung dieser Grenze ohne zeitweilige Überschreitung nach aktuellem Stand der Wissenschaft nicht mehr erreichbar ist. Gerade deshalb müssen Deutschland, die EU und Hamburg ihren größtmöglichen Beitrag zur Begrenzung weiterer Erwärmung leisten. Maßstab hierfür sind der Stand der Wissenschaft sowie die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen, dem Seerecht, den Menschenrechtsabkommen und dem Völkergewohnheitsrecht.

2. Bundesregierung und Senat sollen das ITLOS-Gutachten, das IGH-Gutachten, das Gutachten des Interamerikanischen Gerichtshofs sowie das KlimaSeniorinnen-Urteil bei klima-, energie-, wirtschafts- und handelspolitischen Entscheidungen berücksichtigen und die unterschiedliche Rechtswirkung von Urteilen und Gutachten transparent darstellen.

3. Deutschland und die EU müssen die internationale Klimafinanzierung deutlich erhöhen. Historisch verantwortliche Industriestaaten und fossile Großunternehmen sind stärker an der Finanzierung von

Klimaanpassung, Verlusten und Schäden sowie einer gerechten Transformation zu beteiligen. Die Weiterentwicklung rechtlicher und politischer Instrumente der Wiedergutmachung besonders betroffener Staaten ist zu unterstützen.

4. Der Schutz von Klima, Biodiversität und den natürlichen Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung muss im Umwelt- und humanitären Völkerrecht gestärkt werden. Schwere Umweltzerstörungen in bewaffneten Konflikten sowie durch wirtschaftliche Großprojekte müssen konsequent untersucht und geahndet werden. Internationale Investitionen und Großprojekte müssen an Umweltverträglichkeitsprüfungen, Biodiversitätsschutz und wirksame Beteiligungsrechte der betroffenen Bevölkerung gebunden werden. Deutschland soll sich für die Weiterentwicklung des internationalen Umweltrechts und einen rechtsstaatlich klar bestimmten Ökozid-Tatbestand einsetzen.

5. Die Linke lehnt die gegenwärtige massive Aufrüstung ab. Rüstungsproduktion, militärische Infrastruktur und Militärbetrieb verursachen erhebliche Emissionen, verbrauchen große Mengen an Energie und Ressourcen und binden öffentliche Mittel, die für Klimaschutz, soziale Infrastruktur und den sozial-ökologischen Umbau benötigt werden.

Deutschland und die EU müssen von einer Politik immer weiterer Aufrüstung abrücken. Öffentliche Mittel sind vorrangig in Klimaschutz, soziale Sicherheit, internationale Klimagerechtigkeit und eine friedliche nachhaltige Transformation zu investieren.

6. Der Hamburger Zukunftsentscheid und das Ziel der Klimaneutralität 2040 müssen zügig umgesetzt werden. Überprüfbare Zwischenziele allein reichen dafür nicht aus. Der Hamburger Klimaplan muss zusätzlich an einem wissenschaftlich begründeten CO_2-Budget ausgerichtet werden, das die insgesamt noch zulässigen kumulierten Emissionen begrenzt und eine verbindliche Nachsteuerung ermöglicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das vom Sachverständigenrat für Umweltfragen für Deutschland berechnete CO_2-Budget zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad bereits aufgebraucht ist. Gerade daraus folgt die Verpflichtung, weitere Emissionen so schnell und umfassend wie möglich zu reduzieren. Vorrang haben tatsächliche Emissionssenkungen. Kompensation oder die Verlagerung von Emissionen dürfen diese nicht ersetzen.

7. Der Hitzeaktionsplan ist weiterzuentwickeln. Erforderlich sind mehr Stadtgrün, Entsiegelung, öffentliche Trinkwasserstellen, kühle Aufenthaltsräume, Schutzangebote für Wohnungslose und verbindlicher Hitzeschutz am Arbeitsplatz.

8. Mit der Rekommunalisierung der Hamburger Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wurde eine wichtige Grundlage für eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung geschaffen. Der Volksentscheid muss vollständig umgesetzt und bislang nicht rekommunalisierte Wärmenetze in städtischen Besitz überführt werden. Energieerzeugung und -versorgung müssen so gestaltet werden, dass Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und wirksamer Klimaschutz zusammen gedacht werden. Sie müssen den Interessen der Beschäftigten und Verbraucher*innen dienen, den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben und neue fossile Abhängigkeiten vermeiden.

9. Wälder, Moore, Auen, Feuchtgebiete und Gewässer sind als Kohlenstoff- und Wasserspeicher zu schützen und wiederherzustellen. Waldbrandvorsorge, Früherkennung und die Ausstattung der Feuerwehren müssen verbessert werden.

10. Der Hamburger Hafen benötigt einen sozial und ökologisch verbindlichen Transformationsplan mit Landstrom, erneuerbaren Energien, klimaverträglicher Logistik und der Verringerung vermeidbarer Transporte.

11. Neue fossile Infrastruktur und langfristige fossile Abhängigkeiten sind abzulehnen. Wasserstoff darf nur dort eingesetzt werden, wo eine direkte Elektrifizierung technisch nicht sinnvoll

möglich ist, und muss aus erneuerbaren Energien stammen.

12. Hamburg darf nicht zum CO₂-Drehkreuz für die Fortsetzung fossiler Geschäftsmodelle werden. CCS darf allenfalls für technisch nicht vermeidbare Restemissionen geprüft werden. Emissionsvermeidung hat Vorrang. Planungen für CO₂-Abscheidung, Transport, Umschlag und Speicherung müssen veröffentlicht, umfassend auf Umwelt- und Klimarisiken geprüft und demokratischer Beteiligung unterworfen werden.

13. Beschäftigte müssen durch Mitbestimmung, Arbeitsplatzsicherheit und Qualifizierung abgesichert werden. Klimaschutz im Gebäudebereich muss warmmietenneutral erfolgen. Öffentliche Förderung ist an Tarifbindung und Klimaverträglichkeit zu knüpfen. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung müssen sozial gerecht zurückgegeben werden. Dazu ist ein sozial ausgestaltetes Klimageld einzuführen, das insbesondere Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlastet und ihnen zusätzliche finanzielle Möglichkeiten gibt, sich vor den Folgen der Klimakrise zu schützen und notwendige Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren.

Hamburg als Stadt des internationalen Rechts

14. Der Internationale Seegerichtshof muss als prägende Institution Hamburgs sichtbarer werden. Der Senat soll gemeinsam mit ITLOS, Hochschulen, Schulen und Zivilgesellschaft Bildungs- und Diskussionsangebote fördern sowie ein regelmäßiges öffentliches Forum zu Klima-, Meeres- und Umweltvölkerrecht und Klimagerechtigkeit einrichten.

Koloniales Erbe und internationale Verantwortung

15. Die Strategie „Hamburg dekolonisieren!“ muss mit Klima-, Hafen-, Wirtschafts- und Handelspolitik verbunden werden.

16. Hamburg soll solidarische Partnerschaften mit besonders vom Klimawandel betroffenen Städten und Regionen ausbauen und sich gegenüber Bund und EU für ausreichende Klimafinanzierung, Entschuldung sowie die Weiterentwicklung von Instrumenten der Wiedergutmachung einsetzen.

17. Deutschland und die EU müssen ihrer besonderen Verantwortung für die Folgen der Klimakatastrophe auch gegenüber Menschen gerecht werden, die durch den Klimawandel ihre Lebensgrundlagen verlieren und zur Flucht oder Migration gezwungen werden. Deutschland muss sich für sichere und legale Aufnahmewege sowie für einen wirksamen Schutz klimabedingt Vertriebener einsetzen und insbesondere Menschen aus besonders betroffenen Regionen die Aufnahme ermöglichen. Gleichzeitig müssen Klimafinanzierung, Anpassungsmaßnahmen und die Bewältigung klimabedingter Schäden so gestärkt werden, dass Menschen möglichst nicht gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen.

18. Öffentliche Beschaffung, städtische Beteiligungen und Wirtschaftsförderung müssen verbindlich an Menschenrechte, Klimaschutz, Biodiversität, Tarifbindung und demokratische Beteiligung geknüpft werden.

Antrag A09: Recht steht über Macht – Den Internationalen Strafgerichtshof gegen Sanktionen verteidigen

Status:	angenommen

Recht steht über Macht – Den Internationalen Strafgerichtshof gegen Sanktionen verteidigen

Das Völkerrecht ist keine Verhandlungsmasse und kein Instrument geopolitischer Zweckmäßigkeit. Es bildet die ethische und rechtliche Lebensgrundlage der internationalen Gemeinschaft. Das Streben nach universeller Gerechtigkeit, der Schutz der Menschenwürde und die friedliche Beilegung von Konflikten beruhen auf dem Prinzip:

“Recht steht über Macht”

Die Satzung der Vereinten Nationen (UN-Charta) und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) sind eine Pflicht, dass schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Genozid niemals straflos bleiben dürfen. Unabhängig davon, wer sie bricht oder wer die Täter schützt.

Als Die Linke bekennen wir uns unvoreingenommen und bedingungslos zur Allgemeingültigkeit dieser Ordnung. Maßnahmen von Drittstaaten, die darauf abzielen, Richterinnen, Richter oder Ermittlungspersonal des IStGH durch Sanktionen, Einreiseverbote oder wirtschaftlichen Druck in ihrer Unabhängigkeit einzuschränken, stellen einen fundamentalen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit und die zivilisatorischen Errungenschaften des Völkerrechts dar.

Forderungen

1. Bedingungslose Anerkennung des Völkerrechts als höchster

Maßstab

Wir messen das Verhalten aller Staaten, ob Partner, Verbündete oder Opponenten am identischen Maßstab des Völkerrechts und des Völkerstrafrechts. Wir lehnen jede Relativierung völkerrechtlicher Immunitäten oder gerichtlicher Zuständigkeiten ab. Angriffen auf die Integrität des IStGH wird entschieden entgegengetreten.

2. Verteidigung der gerichtlichen Unabhängigkeit

Richterinnen und Richter des IStGH müssen frei von Furcht vor Repressalien, Exekutivsanktionen oder persönlicher Verfolgung urteilen können. Wer die Unabhängigkeit der Justiz angreift, schwächt das Fundament einer regelbasierten Staatenordnung und stärkt das Recht des Stärkeren. Unsere Partei steht unvoreingenommen an der Seite der internationalen Rechtsprechung.

3. Konsequente Ablehnung extraterritorialer Zwangsmaßnahmen

Extraterritoriale Sekundärsanktionen verletzen das völkerrechtliche Interventionsverbot (Art. 2 Abs. 1 UN-Charta). Wir fordern den konsequenten Einsatz europäischer Schutzmechanismen (EU-Blockadeverordnung VO 2271/96 sowie Anti-Coercion Instrument VO 2023/2675), um europäische Institutionen, Bürger*innen und Finanzstrukturen vor rechtswidrigem Zwang zu schützen.

4. Verantwortung auf kommunaler und regionaler Ebene

Auch auf kommunaler Ebene tragen wir Verantwortung dafür, dass extraterritoriale Sanktionen nicht durch vorauseilenden Gehorsam (*Overcompliance*) Wirkung entfalten. Individuen müssen davor geschützt

werden, dass öffentlich-rechtliche Kreditinstitute und Infrastrukturdienstleister auf den Druck drittstaatlicher Sanktionen eingehen, um den diskriminierungsfreien Zugang zur öffentlichen Grundversorgung zu garantieren.

Antrag A10: Eigentum verpflichtet! Mieter*innen vor Verwahrlosung, Gefahren und Verdrängung schützen

Status:	angenommen

Eigentum verpflichtet! Mieter*innen vor Verwahrlosung, Gefahren und Verdrängung schützen

Die Linke Hamburg setzt sich für einen umfassenden Schutz von Mieter*innen vor verwahrlosten, gefährlichen und dauerhaft vernachlässigten Wohngebäuden ein. Wir fordern den Hamburger Senat auf, ein entsprechendes Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen und sich auf Bundesebene für die notwendigen gesetzlichen Änderungen einzusetzen.

- **Regelmäßige und strafbewehrte Beibringungspflicht von Gutachten für Wohngebäude auf Kosten des Vermieters**, insbesondere für ältere und bereits auffällige Gebäude, um bauliche, hygienische und sicherheitsrelevante Mängel frühzeitig zu erkennen. Diese Begutachtungspflicht soll je nach Baualter in einem bestimmten Turnus regelmäßig wiederkehren und die Eigentümer*innen binden. Sie darf nicht in Form von Betriebskosten den Mieter*innen aufgebürdet werden. Die Behörden sollen dabei sicherstellen, dass die Begutachtungen durch die Eigentümer*innen ordnungsgemäß durchgeführt werden und bei Mängeln eine schnelle Instandsetzung erfolgt. Um dies sicherzustellen, sollen die Behörden erhebliche Sanktionsmittel, beginnend mit Bußgeldern, an die Hand bekommen. Dem entspricht die Forderung der Hamburger Mietervereine Mieter helfen Mietern (MhM) und Mieterverein zu Hamburg nach einem “Wohnraum-TÜV” (https://www.mieterverein-hamburg.de/mediathek/pressemitteilungen/teilabriss-der-holstenstrasse-197-mietervereine-fordern-erhalt-und-wiederaufbau-des-wohnhauses/)
- **Personellen und finanziellen Ausbau der bezirklichen Wohnraumschutzdienststellen und ihre Weiterentwicklung zu einer stärker arbeitenden Wohnungsaufsicht**. Die Wohnraumschutzdienststellen müssen in die Lage versetzt werden, Beschwerden von Mieter*innen schnell und verbindlich zu bearbeiten, regelmäßige Kontrollen durchzuführen und die Beseitigung erheblicher Mängel konsequent durchzusetzen.
- **Ersatzwohnraum und Rückkehrrecht für betroffene Mieter*innen sichern und ausbauen**. Der bestehende Anspruch auf Erstattung von Mehrkosten wegen Unbewohnbarkeit der Mietwohnung soll zu einem Anspruch auf Ersatzunterbringung umgeformt werden. Mieter*innen, die aufgrund notwendiger Sanierungs- oder Wiederaufbaumaßnahmen ihre Wohnung verlassen müssen, sollen darüber hinaus ein verbindliches Recht auf Rückkehr zu sozialverträglichen Mietbedingungen erhalten. Da hierfür das Bürgerliche Gesetzbuch geändert werden muss, sollte sich Hamburg im Bundesrat dafür einsetzen.
- **Mietenkataster nach dem Vorbild Berlins schaffen.** In Berlin soll dieses 1. die vollständige Adresse der Wohnung, 2. Wohnfläche, Raumstruktur und Grundausstattung, 3. Namen und Anschrift der Vermieterin oder des Vermieters, 4. die Zahl der Haushaltsangehörigen, 5. Datum und Art eines Wohnberechtigungsscheins, 6. Beginn und vereinbarte Dauer des Mietverhältnisses, 7. die Nettokaltmiete, 8. die Betriebs-, Heiz- und Wasserkostenvorauszahlungen, 9. etwaige Modernisierungsumlagen und 10. die anteilige Grundsteuer enthalten. Darüber hinaus soll das Hamburger Kataster noch die Höhe eines etwaigen Möblierungszuschlags enthalten.
- **Kündigungen wegen Zahlungsrückständen bei bestehenden Mängeln ausschließen**. Wenn Mieter*innen wegen Mängeln die Miete mindern, dann sollte eine fristlose Kündigung wegen Zahlungsverzug nach der

Ankündigung der Mietminderung schon formell unwirksam sein. Da hierfür das Bürgerliche Gesetzbuch geändert werden muss, sollte sich Hamburg im Bundesrat dafür einsetzen.

- **Verwahrloste und dauerhaft nicht ordnungsgemäß bewirtschaftete Wohngebäude gemeinwohlorientiert sichern.** Wo Eigentümer*innen ihren Pflichten trotz behördlicher Anordnungen dauerhaft nicht nachkommen, müssen städtische Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Träger effektiv in die Lage versetzt werden, die Hamburger Immobilien dieser Eigentümer*innen zu übernehmen. Das schafft die Möglichkeit, solche Vermieter*innen vollständig aus dem Wohnungsmarkt zu vertreiben, statt ihnen nur einzelne Wohnungen/Häuser wegzunehmen.

Antrag A11: Verantwortungsvoller Umgang mit KI im öffentlichen Dienst

Status:	angenommen

Verantwortungsvoller Umgang mit KI im öffentlichen Dienst

Der unkontrollierte Hype um „KI“ zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen, vertieft soziale Ungerechtigkeiten, automatisiert Vorurteile und entwertet menschliche Wissens- und Kreativarbeit sowie menschliche Kommunikation und Beziehungen. Globale Tech-Konzerne betreiben gigantische Rechenzentren auf Kosten unseres Grundwassers und Klimas, während sie an der Börse zu absurden und unheilbringenden Blasen heranwachsen.
Spätestens die neuesten Nachrichten darüber, dass US-KI-Firmen im großen Stil alte Bücher vernichten, sollten uns wachrütteln: Wir müssen diese Technologie kritisch hinterfragen und ihr Schadenspotenzial einhegen! Im öffentlichen Dienst hat KI ein besonderes Gefahrenpotenzial, auf das dieser Antrag eingehen wird.

Der aktuelle Hype dreht sich in der Regel um generative KI.

Generative KI ist nichts weiter als ein statistisches Sprachmodell. Das bedeutet, dass Inhalte zwar plausibel aussehen, aber nicht auf tatsächlichem Wissen und Verständnis aufbauen, sondern nur auf Basis von Wahrscheinlichkeiten generiert werden (sog. „stochastische Papageien“).
Die Modelle wirken dabei als Blackboxen, da diese Wahrscheinlichkeiten meist nicht einsehbar und aufgrund der Größe und Komplexität der Modelle für Menschen nicht nachvollziehbar sind.
Darüber hinaus sind alle Modelle nicht-deterministisch, d. h. die gleiche Eingabe führt nicht zur exakt gleichen Ausgabe.

Die Linke Hamburg beschließt:

Der Einsatz von generativer KI sollte im Öffentlichen Dienst grundsätzlich auf ein Minimum beschränkt werden.
Wenn generative KI eingesetzt wird, sollten die Schäden für Umwelt und Gesellschaft minimiert werden. Die unterschiedlichen Technologien & Einsatzzwecke sind dabei getrennt voneinander zu bewerten. Grundsätzlich ist menschlicher Einsatz dem Einsatz von KI vorzuziehen.

KI im behördlichen und verwaltungstechnischen Kontext

Der Einsatz von KI in Behörden und Verwaltungseinheiten sollte im Bereich der Analyse und Verarbeitung von personenbezogenen Daten und nicht ohne weitere Prüfung verwendet werden und das darauf basierende Profiling sollte nicht zum Einsatz kommen.
Dazu zählt der Einsatz im Jobcenter/Arbeitsamt, in Strafverfolgungsbehörden, in Gerichten und bei sämtlichen Überwachungstätigkeiten, z. B. an öffentlichen Plätzen und Gebäuden.
KI sollte nicht genutzt werden, um zu entscheiden, wer öffentliche Gelder erhält und wer nicht. Die Entscheidung hierüber sollte allein Menschen obliegen, die sich wiederum an den geltenden rechtlichen Anforderungen orientieren.

Kultur- und Kreativbranche im Vergaberecht

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss sichergestellt werden, dass Nicht-KI-generierte Kunst weiterhin eine Chance hat. Dabei schlagen wir vor, dass die Antragstellenden, die weniger oder keine KI

verwenden, entsprechend bessergestellt werden. Dies dient auch dem Schutz vor KI-Slop.

KI darf Psychotherapeut:innen nicht ersetzen

Der Einsatz von KI sollte im Bereich der Psychotherapie und anderweitiger psychologischer Hilfsangebote unterbunden werden. Die Interaktion zwischen Menschen muss im Vordergrund stehen und darf nicht durch KI ersetzt werden. Zudem darf KI nicht für das Erstellen von Patientenprofilen genutzt werden.

Einsatz generativer KI für's Coden oder Automatisieren

Generative KI kann zur Unterstützung beim Automatisieren wiederkehrender Aufgaben genutzt werden. Hierbei muss insbesondere darauf geachtet werden, dass KI-Anwendungen niemals zur Entscheidungsfindung genutzt werden dürfen. Jegliche mit KI erstellte Automatisierung muss stets menschlicher Kontrolle unterliegen und klar definierten deterministischen Regeln folgen. Wenn Prozesse automatisiert werden, ist stets Raum für Einzelfälle und Ausnahmen zu lassen - Automatisierung darf nicht ausgrenzen!
Automatisierte Prozesse müssen für Nutzende stets transparent als solche gekennzeichnet sein.

Welche KIs können genutzt werden?

Wenn KI im öffentlichen Dienst eingesetzt wird, müssen einige Dinge beachtet werden.
Durch Sensibilisierung, Fortbildungen etc. sollen die Mitarbeitenden entsprechend geschult werden, mit dieser Technologie verantwortungsbewusst umzugehen und sie nicht unreguliert einzusetzen.
Des Weiteren sollte darauf geachtet werden, dass bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllt werden, da diese Technologie extrem viel Energie und Ressourcen verbraucht.
Der Einsatz von US-Hyperscalern bzw. Monopolisten ist zu vermeiden, dazu zählen z. B. OpenAI, Microsoft, Google, Grok, Anthropic, Schwarz Digital.
Stattdessen sollten Anbieter genutzt werden, die folgende Punkte erfüllen:

- Open?Source/Open?Weights?Lösungen
- Energie?Sparsamkeit aus erneuerbaren Energieträgern
- Hohe Wassernutzungseffizienz (WUE)
- Firmensitz und Standorte in Europa
- Zero Data Retention - also keine Speicherung von Daten
- Lizenzierte oder offene Trainingsdaten für das Modeltraining

Antrag A12: Internationale Solidarität auch bei Beschaffung und Merchandise konsequent umsetzen

Status:	angenommen

Internationale Solidarität auch bei Beschaffung und Merchandise konsequent umsetzen

Die Linke Hamburg versteht sich als organisierende Klassenpartei. Unsere Solidarität mit Arbeiter*innen endet nicht an Staatsgrenzen. Auch bei den eigenen Beschaffungsentscheidungen tragen wir Verantwortung für die Arbeits- und Produktionsbedingungen entlang globaler Lieferketten.

Deshalb verpflichtet sich Die Linke Hamburg, bei der Beschaffung von Textilien und Merchandising-Artikeln – insbesondere T-Shirts, Turnbeuteln, Tote Bags, Hoodies und vergleichbaren Produkten – Arbeits- und Umweltstandards bestmöglich zu berücksichtigen.

Dabei gilt:

- Bei Beschaffungen sollen nach Möglichkeit Produkte ausgewählt werden, die nach anerkannten Sozial- und Umweltstandards zertifiziert sind. Hierzu zählen insbesondere GOTS, Fairtrade Cotton, Fair Wear Foundation, OEKO-TEX, Grüner Knopf oder Cotton made in Africa beziehungsweise vergleichbare glaubwürdige Standards.
- Die Linke Hamburg erkennt an, dass es weder vollständig faire Lieferketten noch perfekte Siegel gibt. Zertifizierungen ersetzen keine politischen Lösungen und garantieren keine vollständige Einhaltung aller Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte.
- Dennoch sollen bei allen zukünftigen Beschaffungen Produkte derjenigen Unternehmen bevorzugt werden, die nachweislich größtmögliche Anstrengungen zur Einhaltung von Menschenrechten, Gewerkschaftsfreiheit, existenzsichernden Löhnen, Arbeitsschutz sowie ökologischen Standards entlang ihrer Lieferketten unternehmen.

Antrag A14: Wohnungspolitik für Hamburg

Status:	angenommen

Wohnungspolitik für Hamburg

Unsere Partei hat drei herausragende Ziele in der Mietenpolitik für ein lebenswertes Hamburg:

1. SAGA wieder gemeinnützig machen

Wir wollen die SAGA wieder stärker gemeinwirtschaftlich ausrichten – ggfs. auch mit dem politischen Mittel eines Volksentscheids. Überschüsse der SAGA sollen vorrangig für Neubau, Instandhaltung, Klimaschutz und eine dauerhaft preisdämpfende Mietenpolitik eingesetzt werden. Die SAGA soll wohnungspolitisches Instrument der Stadt sein und nicht vorrangig der Finanzierung des allgemeinen Haushalts dienen. Kein Senat soll die Mieten für seine politischen Zwecke missbrauchen.

2. Hamburg enteignet

In Hamburg sollen die Wohnungen den Menschen zum Wohnen dienen. Es darf keinen Platz in unserer Stadt für Wohnungskonzerne und -eigentümer*innen geben, die mit unseren Mieten Gewinne machen. Sie dürfen nicht darüber bestimmen, wer sich das Leben in unserer Stadt leisten kann. Deshalb unterstützen wir die Initiative „Hamburg enteignet“ und ihr Ziel, große profitorientierte Wohnungsbestände in eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung zu überführen.

3. Mietenkampagne

Mit dem Mietendeckel, dem Verbot von Staffel- und Indexmieten, der konsequenten Verfolgung und Bestrafung von Leerstand sowie Wuchermieten und gemeinnützigem, öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau werden wir die schlimmsten Auswüchse der Mietenpolitik bekämpfen. Wir unterstützen die Aktionen der Bezirksverbände, die diese Forderungen in Stadtteilen, Quartieren und Nachbarschaften sichtbar machen und setzen gemeinsam die bundesweite Mietenkampagne um. Gleichzeitig unterstützen wir auch die bundesweite Kampagne „Mietendeckel jetzt.“

Antrag A15: Regelanfrage

Status:	angenommen

Wir sind gemeint! Gemeinsam, informiert und solidarisch gegen die Regelanfrage

Der Landesvorstand informiert die Mitglieder der Landespartei über die zum 1. August eingeführte Regelanfrage. Hierbei erläutert er, was diese für die Mitglieder bedeutet, wie sich die Mitglieder im Falle einer Betroffenheit wehren können - insbesondere durch den Eintritt in eine DGB Gewerkschaft und Rechtschutz - und weist auf bestehende Beratungsangebote hin.

Der Landesverband unterstützt das Bündnis gegen Berufsverbote.

Der Landesverband unterstützt Mitglieder im Falle einer Betroffenheit bei einer Verfolgung ihrer Rechte, solange die Betroffenheit aus der Verfolgung von Zielen resultiert, welche mit denen der Partei übereinstimmen.

Antrag A17: Für mehr Sensibilität und Wissen im Umgang mit Diskriminierung - Antisemitismus stoppen

Status:	angenommen

Verantwortung übernehmen und Glaubwürdigkeit wahren: Eine mögliche Strategie zur Aufklärung und Bekämpfung über/von Antisemitismus

1. Wir begrüßen den Beschluss des Bundesparteitages vom 21.6.2026 „Gegen jeden Antisemitismus“. Zur Umsetzung dieses Beschlusses in Hamburg wird der Landesvorstand aufgefordert, regelmäßig, aber mindestens einmal jährlich, Bildungs- und Dialogveranstaltungen zu planen und durchzuführen, die über Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen aufklären und damit zur Bekämpfung judenfeindlicher Narrative beitragen. Weiter wird der Landesvorstand aufgefordert, regelmäßig für alle Genoss:innen, aber insbesondere als Angebot für Funktionär:innen durch dafür erprobte Organisationen wie z.B. die RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus), die Amadeu-Antonio-Stiftung, möglichst unter Einbeziehung von Organisationen, die für die jüdische Community in Hamburg repräsentativ sind, Schulungen anzubieten und diese auch als obligatorischen Teil, der auch um andere Diskriminierungsformen zu einer umfangreichen Schulungseinheit zu Diskriminierungen verbunden werden kann, in den Kanon der Aktivisti-Schulung einzubauen. Damit sensibilisieren wir uns als Landesverband, um Antisemitismus zu erkennen, zu benennen und ihm entschlossen entgegenzutreten. Eine kritische Auseinandersetzung mit eigenen, verinnerlichten antisemitischen Denkmustern soll angeregt und begleitet werden.
   Die Landesarbeitsgemeinschaft Gegen jeden Antisemitismus steht dabei beratend zur Seite.
2. Der Landesparteitag fordert den Parteivorstand auf über die Umsetzung des genannten Beschlusses vom 21.6.2026 auf dem nächsten Bundesparteitag Rechenschaft abzulegen. Der Bericht soll insbesondere die durchgeführten Bildungsangebote, die Unterstützung der Gliederungen, die eingesetzten finanziellen Mittel und Personalressourcen enthalten.

Antrag D01: Aufklärung NSU-Komplex

Status:	angenommen

Aufklärung des Hamburger NSU-Komplexes anhand aller verfügbaren Akten von Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdiensten

Der Landesvorstand der Die Linke Hamburg initiiert und trägt dafür Sorge, dass anhand aller zur Verfügung gestellten Ermittlungs-Akten zur weiteren Aufklärung im Hamburger NSU-Komplex beigetragen wird. Im Zentrum des Interesses stehen die dokumentierten Strukturen und Entscheidungswege innerhalb der staatlichen Behörden sowie die Frage nach möglichen rassistischen Mustern in Weltbild und Handeln der Polizei. Dazu stellt der Landesverband selbst Ressourcen zur Verfügung und koordiniert seine Aktivitäten mit der Bürgerschaftsfraktion. Ziel ist es, finanzielle und personelle Mittel für die Auswertung der NSU-Akten bereitzustellen.

Die Forderung nach einem PUA bleibt davon unberührt und ist weiterhin Ziel der parlamentarischen Aufklärung der Die Linke.

Antrag D03: Gegen Kriegskeynesianismus und Militarisierung norddeutscher Häfen und Industrie

Status:	angenommen

Gegen Kriegskeynesianismus und die Militarisierung norddeutscher Häfen und Industrie – Für mehr zivile Investitionen!

Die fortschreitende Militarisierung Deutschlands vollzieht sich nicht im luftleeren Raum, sondern führt zu einer drastischen Verschiebung gesellschaftlicher Prioritäten – auch und gerade in Norddeutschland. Unter dem Deckmantel der „Zeitenwende“ etabliert sich ein staatlich gestützter Kriegskeynesianismus, der Milliardenbeträge aus öffentlichen Kassen in die Rüstungsindustrie lenkt, während die zivile und soziale Infrastruktur systematisch kaputtgespart wird. Jeder Euro, der in Panzer, Kriegsschiffe und Munition fließt, fehlt bei der Sanierung von Schulen, Krankenhäusern, Schwimmbädern und im sozialen Wohnungsbau. Wir halten fest: Aufrüstung und der Abbau des Sozialstaates sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir verweigern uns diesem fatalen Kurs und kämpfen für eine radikale Kehrtwende hin zu einer Politik, die das menschliche Leben und die soziale Sicherheit ins Zentrum stellt.

Die Auswirkungen dieser Politik zeigen sich im Norden in aller Deutlichkeit:

Bremen wird zum Militär-Hub umgebaut: Bis zum Jahr 2031 wird Bremerhaven als zentrale militärische und zivile Logistikdrehscheibe (*Deployment Hub Bremerhaven 2031*) ausgebaut. Der Bund stellt hierfür rund 1,35 Milliarden Euro aus dem Verteidigungsetat zur Verfügung; das Land Bremen beteiligt sich mit über 200 Millionen Euro. Bitter ist, dass innerhalb der Bremer Koalition auch die Senatorinnen der Partei Die Linke diesem militärischen Ausbau von Hafen und Flughafen zugestimmt hat. Gleichzeitig fallen die Schulen und Schwimmbäder auseinander: Der Sanierungsstau in Bremen liegt bei 1,45 Milliarden Euro und wächst weiter an, weil Investitionsgelder in militärische Großprojekte fließen.

Rüstungsboom in Schleswig-Holstein: Laut dem Jahresbericht 2026 des Arbeitskreises Wehrtechnik arbeiten mittlerweile rund 10.500 Beschäftigte in den 46 Unternehmen der Rüstungsindustrie in Schleswig-Holstein. Ein Großteil dieser Firmen verzeichnet massive Umsatzsteigerungen; die Branche setzt im Norden jährlich zwischen zwei und drei Milliarden Euro um.

Rheinmetall im Hamburger Hafen: Mit dem Einstieg von Rheinmetall im Hamburger Hafen wird die Aufrüstung nun auch in Hamburg massiv vorangetrieben. In den letzten Jahren wuchsen die Umsätze und Produktionskapazitäten von Rüstungsfirmen im Hamburger Umland rasant. Es entstehen fortlaufend neue Kapazitäten für Munition, Kriegsschiffe und Militärtechnik. Waffen- und Munitionslieferungen laufen wieder vermehrt durch den Hafen. Das NATO-Großmanöver Red Storm wurde im Jahr 2026 zum dritten Mal durchgeführt. Die Linke hat sich in Kooperation mit Rheinmetall entwaffnen an der Organisation von Gegenprotesten beteiligt.

Fette Gewinne durch den Tod: Militarisierung und Aufrüstung beschert den Rüstungskonzernen und ihren Aktionär*innen historische Rekordgewinne. Die Renk Group hob ihre Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr um 38 % an und schüttete 58 Millionen Euro aus. Der Militärelektronik-Spezialist Hensoldt zahlte 63,25 Millionen Euro aus. Rheinmetall erhöhte die Dividende dank des boomenden Geschäfts mit dem Tod sogar um rund 42 % im Vergleich zum Vorjahr: Auf der Hauptversammlung am 12. Mai 2026 wurde eine Ausschüttung von 11,50 Euro je Aktie beschlossen - eine Gesamtsumme von über 500 Millionen Euro.

Hauptauftraggeber dieser Konzerne ist der Staat. So wird öffentliches Geld direkt an einige wenige Krisengewinner und deren Aktionär*innen umverteilt. Geboten ist deshalb die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie oder mindestens eine starke öffentliche Beteiligung an den großen Rüstungskonzernen.

Während die Rüstungsindustrie boomt, verkommt die zivile Infrastruktur und Deutschland verliert den Anschluss in wichtigen zivilen Technologiebereichen. Damit muss Schluss sein!

Wir halten fest:

1. Die Linke wehrt sich weiterhin konsequent gegen den Kurs der militärischen Aufrüstung und den damit einhergehenden weiteren Rückbau des Sozialstaates. Für einen Stopp der Aufrüstung und die Umlenkung der Investitionsmittel in zivile Bereiche und die soziale Infrastruktur.
2. Die Linke lehnt die Militarisierung norddeutscher Häfen sowie der norddeutschen Industrie entschieden ab. Wir fordern alle Fraktionen, Regierungsmitglieder und Vorstände dazu auf, sich dieser Entwicklung auf allen Ebenen entgegenzustellen und keinen militärischen Ausbauprojekten zuzustimmen.
3. Die Linke beteiligt sich weiterhin als integraler Teil der Friedens- und Antikriegsbewegung an den Protesten gegen Aufrüstung und Sozialkürzungen. Sie organisiert eigene inhaltliche Veranstaltungen, um den direkten Zusammenhang zwischen Aufrüstung und dem Verfall der sozialen Infrastruktur in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen.

Antrag L01: Es reicht! Kürzt euch doch selbst!

Status:	angenommen

Es reicht! Kürzt euch doch selbst!

Auf dem Bundesparteitag 2025 haben wir als Die Linke entschieden, die Hoffnung organisieren zu wollen.

Und auf dem Bundesparteitag 2026 haben wir als Die Linke entschieden, dass dafür der Widerstand organisiert werden muss. Wir wollen, dass die Menschen Selbstvertrauen in ihre kollektive gesellschaftliche Macht (zurück-)gewinnen.

Und das ist dringend notwendig. Die Kriegsgefahr steigt, die Vorboten der Klimakatastrophe zeigen sich immer deutlicher, die soziale Spaltung wächst und die Rechte ist weiter auf dem Vormarsch. In der aktuellen Gesellschaftsunordnung des autoritären Neoliberalismus stellt sich nicht mehr die Frage, ob wir gerade eine Krise des Kapitalismus erleben, sondern allenfalls wie viele.

Die Angriffe der Bundesregierung auf grundlegende Errungenschaften eines solidarischen Miteinanders verkauft uns die Regierung Merz euphemistisch als „Modernisierung des Sozialstaats“. Sie spricht von notwendigen harten Entscheidungen, und dass wir über unseren Verhältnissen leben würden, und lobt sich ohne rot zu werden im nächsten Satz für steigende Rüstungsausgaben.

Heute ist es die Aufrüstung, doch der Neoliberalismus findet immer ausreichend Gründe für das Schreddern des Sozialstaats, wie New Labour und die Agenda 2010 eindrucksvoll bewiesen haben. Allerdings schaffen die Auflösung der sogenannten Weltordnung, die Zunahme internationaler Krisen und Kriege sowie der aus dem Gleichgewicht geratene internationale Handel zwei parallele Phänomene. Zum einen ist das Kapital in diesen Zeiten geringen Wachstums auf der Suche nach sicheren -am besten staatlich abgesicherten- Anlageformen, zum anderen steigt die Angst in der Bevölkerung vor tatsächlichen oder auch nur wahrgenommenen Bedrohungen. So wird ein gesellschaftliches Klima geschaffen, in dem selbst vermeintlich progressive Stimmen die Wiedereinführung der Wehrpflicht fordern und ein Drohnen-Startup nach dem anderen das Kapital der Investoren einwirbt, die sich damit ein Stück vom Kuchen des 110 Milliarden Euro umfassenden Verteidigungshaushalts sichern wollen.

Für uns hingegen bleibt nur die Aussicht auf mehr und längeres Arbeiten, eine gekürzte Rente, weniger Wohngeld, keinen Therapieplatz, höhere Pflegekosten, Überlastung der Hausärzt*innen, Entprofessionalisierung der Sozialen Arbeit, weniger Unterhaltsvorschuss, Totalsanktionen, das Reißen jeder Klimaziele und Grenzschließungen.

Die Regierung Merz organisiert den Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Das betrifft zuerst die sogenannten „freiwilligen Leistungen“, wie die Integrationsangebote für Migrant*innen, Hilfen für Wohnungslose, Drogen- und Suchtkrankenhilfe, die offene Kinder- und Jugendarbeit, Frauenhäuser und weitere. Die Kürzungen der Leistungen im Krankheits- und Pflegefall treffen ein sowieso schon angeschlagenes Gesundheitssystem. Die geplante „Rentenreform“ mit der Absenkung des Rentenniveaus, aber auch der Angriff auf die Hinterbliebenenrente werden die jetzt schon gestiegene Altersarmut noch einmal verschärfen. Darüber hinaus droht durch die Ausweitung der Arbeitszeit sowie Aufweichung des Kündigungsschutzes eine Rolle rückwärts bei den Rechten der Arbeitnehmer*innen.

Diese Kürzungen wurden und werden auf Bundesebene vorbereitet, und zwar mit ausdrücklicher Unterstützung des Hamburger Finanzsenators Dressel, der selbst weitere Einschnitte beim Sozialstaat fordert. Es ist für uns daher nur konsequent, zu verhindern, dass der eingeschlagene Weg der Bundesregierung im Hamburger Haushalt weitergegangen wird. Der Anfang September in der Bürgerschaft

vorgestellte Entwurf ist eine Katastrophe für die soziale Infrastruktur der Stadt. Die Ausgaben für Kinder und Jugendliche sowie die Schulbegleitung werden bereits jetzt zurückgefahren. Das droht die sozialen Fortschritte der letzten Jahrzehnte in den Bereichen Kinderrechte und Inklusion nachhaltig zu beschädigen. Gekürzt werden soll bei sozialer Integration, Obdachlosen- und Suchthilfe. Besonders hart trifft die Kürzungspolitik des Senats die Universitäten. Ihnen wird ein rigider Sparzwang aufgedrückt, der in der Konsequenz dazu führt, dass an Unis wie der HCU mehr als 20 Prozent des Personals verloren gehen wird. Statt in Bildung und Wissenschaft zu investieren, kürzt der Senat in diesen so wichtigen Feldern besonders radikal. Die Gebühren für Kitas und Schulessen sollen erhöht werden. Gleichzeitig sind die Behörden kaum noch in der Lage die staatlichen Aufgaben zu organisieren und zu kontrollieren.

Es reicht!

Ob Gewerkschaften, Sozialverbände, Betroffeneninitiativen oder linke Aktivist*innen; sie alle sagen laut „Es reicht!“ und stellen sich dieser Politik der sozialen Kälte entgegen. Sie organisieren sich in Bündnissen und Netzwerken, auf Demos und Kundgebungen und im direkten Gespräch mit den Menschen. Sie bringen ihren Protest auf die Straße und vor das Hamburger Rathaus.

Kürzt euch doch selbst!

Das Geld für eine andere Politik wäre vorhanden, wenn der Senat denn willens wäre, den Rotstift einmal nicht bei den Armen dieser Stadt anzusetzen, sondern bei der eigenen Symbol- und Klientelpolitik. Über 260 Millionen Euro Steuerrückstände sind 2025 verjährt, Gesamtrückstände von 1,2 Milliarden werden nicht eingetrieben, weil die Finanzämter chronisch unterbesetzt sind. 600 Millionen Euro soll die Rettung des Elbtowers kosten, und 250 Millionen Euro gibt die Stadt für den Neubau der Kühne Oper aus. Und jährlich 3,4 Milliarden Euro gehen nach konservativer Schätzung jedes Jahr alleine durch die Aussetzung der Vermögenssteuer verloren.

Widerstand und Hoffnung

Dem Generalangriff auf die sozialen Errungenschaften muss mit einem Generalangriff der sozialen Bewegung begegnet werden. Die Linke versteht sich als Teil dieser Protestbewegung gegen den sozialen Kahlschlag und gegen die zynische Rhetorik einer Kriegstüchtigkeit im Namen der Friedenssicherung. In der außerparlamentarischen und parlamentarischen Arbeit beraten wir uns kritisch mit Gewerkschaften und Sozialverbänden für eine offensive Linie im Sinne der Beschäftigten und der Menschen in Hamburg. Als Partei arbeiten wir mit verschiedenen Initiativen und zivilgesellschaftlich Engagierten im Bündnis unkürzbar gegen Sozialabbau und Aufrüstung. Wir werden diesen Zusammenhang weiterhin auf Flyern und Veranstaltungen in die Öffentlichkeit tragen. Darüber hinaus bauen wir unsere Bündnisarbeit im Bereich Antimilitarismus aus. Auch 2027 werden wir uns an Bündnisprotesten gegen das NATO Manöver Red Storm und weiteren Aktionen beteiligen. Die Linke Hamburg setzt sich dafür ein, dass die Linke zu weiteren bundesweiten Sozialprotesten aufruft. Der Landesverband wird ggf. zu diesen Protesten Busse organisieren. Als Beschäftigte und Gewerkschafter*innen suchen wir das Gespräch mit Kolleg*innen am Arbeitsplatz u.a. darüber, wie wir noch mehr Druck ausüben können, um die Rücknahme der Angriffe auf Sozialstaat, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Und als Mitglieder unserer Partei arbeiten wir jeden Tag daran, im Gespräch mit Nachbar*innen und Kolleg*innen und bei Aktionen der Bezirksverbände und Stadtteilgruppen, Menschen zu überzeugen in Widerspruch und Widerstand gegen die unsoziale Politik von CDU, SPD und Grüne in Bund und Land zu gehen.

Die Linke versteht sich als Pol der Hoffnung. In diesen krisenhaften Zeiten kommt es sehr auf uns und die Linke weltweit an, damit aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir beschränken uns nicht darauf, Widerstand gegen geplante Kürzungen zu organisieren, denn der Erhalt des Status Quo allein wäre auch nur der Erhalt von Kinder- und Altersarmut, Niedriglöhnen, Rassismus und Polizeigewalt. Als Linke müssen wir diejenige politische Kraft sein und bleiben, die den Menschen wieder glaubhaft vermitteln kann, dass

ein besseres Leben für sie, eine gerechtere Welt für uns alle weiterhin möglich ist. Die Abgeordnetenhauswahlen in Berlin haben gezeigt, dass Hoffnung zu Handeln führt und die konsequente Ausrichtung an den Bedürfnissen der Menschen die Linke erfolgreich gemacht hat. Die Linke Hamburg will diese Hoffnung geben und die Menschen mitreißen. Das ist unsere Aufgabe, sei es in der Gestaltung konkreter Politik vor Ort wie auch in dem Aufzeigen der Möglichkeiten einer demokratisch sozialistischen Gesellschaft.

Denn nur eine solche Gesellschaft wird die zukünftigen Herausforderungen meistern können.

Nur eine solche Gesellschaft kann das gute Leben für Alle organisieren – in der solidarischen Stadt von morgen!

Antrag L02: Von der antifaschistischen Haltung in die Handlung kommen

Status:	angenommen

Von der antifaschistischen Haltung in die Handlung kommen

Die Rechtsentwicklung in Deutschland ist inzwischen unverkennbar. Das ist keine zufällige Entwicklung, sondern vor allem das Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Politik. Verstärkt von stagnierenden Löhnen, steigenden Preisen, Aushöhlung des Sozialstaats, Unterversorgung der Kommunen, der dramatischen Verschlechterung der physischen und gesellschaftlichen Infrastruktur gerade in den ländlichen Räumen, einer allgemeinen Vertrauenskrise und der Verunsicherungen über die Weltlage mit ihren mehrfachen Krisen, finden menschenfeindliche Rhetorik, Sündenböcke und Rassismus verstärkt Anklang. Die Regierungsparteien lassen sich von der AfD treiben und setzen inzwischen Inhalte durch, die kaum von denen der AfD zu unterscheiden sind.

Erneut agieren Superreiche und einige Unternehmen als Steigbügelhalter für den Faschismus agiert: Sie finanzieren nicht nur faschistische Parteien wie die AfD, sondern auch außerparteiliche Organisationen, Lobbyorganisationen und Desinformationskampagnen.Der Kampf gegen den Faschismus ist untrennbar mit dem Kampf gegen seine gesellschaftlichen Voraussetzungen verbunden. Wenn Löhne unter Druck geraten, Mieten steigen, die - soziale - Infrastruktur und Daseinsvorsorge immer brüchiger werden und sich Reichtum und Macht konzentrieren, können rechte Kräfte soziale Ängste rassistisch und nationalistisch umdeuten. Unsere Antwort ist eine antifaschistische Politik und die solidarische Organisierung der Menschen über Herkunft, Geschlecht und Aufenthaltsstatus hinweg. Antifaschismus heißt deshalb auch, soziale Kämpfe zu stärken und gemeinsam mit Gewerkschaften, Mieter*inneninitiativen, migrantischen Organisationen und sozialen Bewegungen gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen.

Extrem rechte, rassistische, sexistische und queerfeindliche Politik finden immer mehr Anklang in der Gesellschaft, insbesondere der bürgerlichen Mitte, der arbeitenden Klasse und der Jugend. Die schulische Inklusion ist in Gefahr, Obdachlose, Migrant*innen, Mitglieder der LGBTQIA+ Community und politisch Linke sind immer häufiger gewalttätigen Angriffen ausgesetzt, Lehrer*innen sollen unter dem Vorwand der Neutralitätspflicht von politischer Aufklärungsarbeit und dem Schutz der Demokratie abgehalten werden. Das Wahlprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt zeigt, wie ernst es der Partei mit ihrer menschenfeindlichen Politik ist: Die Grundrechte der Menschen dort sind in Gefahr. Auch wenn wir aus Solidarität und nicht aus Eigennutz handeln muss klar sein: Im Falle eines faschistischen Regimes in Deutschland wird es uns alle treffen.

Auch in Hamburg nimmt die rechte Präsenz zu. Rechtsextreme, rassistische, völkische und sozialdarwinistische Positionen werden sichtbarer und selbstverständlicher. Auf der Straße, im Parlament und im Alltag. viele Hamburger*innen bedeutet rechte Bedrohung schon heute, angefeindet, eingeschüchtert, ausgeschlossen und angegriffen zu werden.

Den Mitgliedern der Partei Die Linke ist diese Entwicklung bekannt; die Haltung des Antifaschismus ist einer der Grundsätze unserer Politik. Doch der Antifaschismus darf nicht bloß eine innere Haltung

bleiben. Die Geschichte zeigt: Selbst, wenn sich antifaschistische Kräfte zahlreich organisieren und gegen den Faschismus ankämpfen, können sie unterliegen. Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und früh damit beginnen, die antifaschistische Organisierung verstärkt als Priorität verstehen, um uns den faschistischen Kräften in unserer Gesellschaft mit Wissen, Haltung und aktivem und vielfältigem Widerstand entgegenstellen. Wir sind solidarisch und lassen uns nicht spalten. Wer von extrem Rechten eingeschüchtert, bedroht, angegriffen, ausgegrenzt wird, soll sich auf uns verlassen können. Bei der Verteidigung der Grund- und Menschenrechte, der erkämpften demokratischen, emanzipatorischen Errungenschaften – der Arbeiter*innenbewegung, der Frauenbewegung und anderer fortschrittlicher Bewegungen -, beim Kampf gegen die Angriffe auf Vielfalt, gegen Ausgrenzung, gegen die völkische Umgestaltung des Bildungswesens oder die Angriffe auf die Freiheit der Kunst unterstützen wir euch. "Wir kämpfen an eurer Seite", muss unsere Botschaft, aber vor allem unsere Praxis sein.

Forderungen

Der Landesparteitag beschließt:

- Die LAG Antifa, unterstützt und finanziert vom Landesvorstand, hält antifaschistische Konferenzen ab. Im Mittelpunkt soll die Frage nach erfolgreichen Strategien im Kampf gegen Faschismus stehen. Thematisiert werden soll auch, wie die Linke durch den besonderen Schutz, den sie als Partei genießt, außerparteiliche Strukturen unterstützen kann. Eingeladen werden Expert*innen und Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen, sozialen und migrantischen Vereinen, Initiativen, Gruppen, Bündnissen und Organisationen, gewerkschaftliche Aktive, aber auch andere Landesarbeitsgemeinschaften. Wir verstehen Antifaschismus als Querschnittsthema und müssen ihn interdisziplinär betrachten. Zur Planung und Umsetzung dieser wird ein offener Arbeitskreis gegründet, in welchem die LAG Antifa, der Landesvorstand und weitere an der Planung interessierte Landesarbeitsgemeinschaften, Bündnisse, Organisationen, Initiativen, Vereine und Gruppen vertreten sind.
- Der Landesvorstand erarbeitet in Zusammenarbeit mit der LAG Antifa sowie externen Expert*innen ein Strategiekonzept zum Thema Recherchearbeit zu rechten Strukturen und Aktivitäten in und um Hamburg. Hierbei ist es elementar wichtig, sich mit bestehenden Strukturen zu vernetzen, die Arbeit dieser zu würdigen und sich Unterstützung von diesen einzuholen. Das Konzept liegt spätestens zum nächsten Landesparteitag im April 2027 vor.
- Die Bezirksfraktionen werden angehalten, während Wahlkämpfen regelhaft sowie bei vermehrter Aktivität von rechten Parteien nach Bedarf Kleine Anfragen nach Infoständen rechter Parteien zu stellen.
- Die Linke Hamburg verbindet die antifaschistischen Haltung mit der antifaschistischen Handlung.

Das bedeutet neben der bereits auf dem 8. LPT im Oktober 2023 [1] ("Für eine radikal menschliche Politik, statt Angst vor AfD & Co.") beschlossenen Vierfachstrategie

- "gute Wirtschafts- und Sozialpolitik",
- Auklärung über den neolibarelen Charakter der AfD-Poltik,
- "affektive Poltikstrategie" für "eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik (Gleichberechtigung, Inklusion) und den ökosozialen Umbau der Industriegesellschaft",
- Schaffung "persönlichen Vertrauens" u.a. durch Haustürgespräche und offene Büroseinerseits die verstärkte Mobilisierung zu und Beteiligung an
- einerseits die verstärkte Mobilisierung zu und Beteiligung an
- antifaschistischen Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams, andererseits auch die Befähigung

und Ermutigung der Parteimitglieder durch Aktionstrainings, Workshops zum Umgang mit Repressionen, digitaler Sicherheit und Datenschutz, Demo-Anmeldungen, Erste Hilfe auf Demos und weiteren Themen. Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand — in Zusammenarbeit mit Expert*innen und der LAG Antifa — solche anzubieten.

- Bei Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Aktivitäten extrem Rechter nutzen der Landesvorstand und die Partei Rechercheergebnisse, mobilisieren mittels sozialer Medien und Plakaten, leisten Aufklärungsarbeit durch Flyer und Broschüren. Dies gilt insbesondere für Infostände und Demonstrationen rechter Parteien oder Organisationen.
- Der Landesvorstand unterstützt die Anreise zu Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams, die weiter entfernt stattfinden, finanziell und bewirbt dies transparent bei Parteimitgliedern.
- Der Landesparteitag bittet den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaftsfraktion auf der Grundlage des Gutachtens der Gesellschaft für Freiheitsrechte weitere Initiativen für ein AfD Verbot zu entwickeln und zu ergreifen.

[1] https://cloud.die-linke-hh.de/index.php/s/qd2C6iDWwSFxPMx

Antrag L03: Klimakatastrophe endlich konsequent bekämpfen! Zukunftsentscheid und Klimaneutralität sozial gerecht umsetzen!

Status:	angenommen

Klimakatastrophe endlich konsequent bekämpfen! Zukunftsentscheid und Klimaneutralität sozial gerecht umsetzen!

Wir alle erleben derzeit mit Hitzewellen, Dürren, Waldbränden und Stürmen direkt Auswirkungen der Klimakatastrophe. Mit über 12.000 geschätzten Hitzetoten in Deutschland im Sommer 2026 wurde eine Übersterblichkeit erreicht, die die während der Coronakrise übersteigt. Währenddessen hat Deutschland seinen Anteil am CO2-Budget zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels bereits aufgebraucht (so der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, März 2025), dabei hat das Bundesverfassungsgericht im März 2021 die Verpflichtung des Staats zu wirksamem Klimaschutz aus den Freiheitsrechten künftiger Generationen abgeleitet. Hamburgs CO2-Emissionen wiederum sind 2025 um 2,6% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. (Schätzbilanz von Umweltbehörde und Statistikamt Nord, Juni 2026) Die mindestens benötigte Verringerung von 98% gegenüber 1990 stagniert also bei einem Niveau von 41,3%. Hamburg und damit dem rot-grünen Senat, der eigentlich die Klimaneutralität bis 2045 umsetzen wollte, bescheinigte der WWF im Bundesländer-Ranking zur Energiewende im September 2025 noch den letzten Platz bei der Realisierung von Klimaschutzmaßnahmen.

Doch gerade wegen dieser ernsten Lage lohnt es, um jede Veränderung und um jedes Zehntelgrad zu kämpfen. Wir müssen sofort handeln, schnellstmöglich Klimaneutralität erreichen und die Stadt an bereits eingetretene Folgen der Klimakatastrophe anpassen. Das sehen auch große Teile der Hamburger Bevölkerung so und stimmten vor einem Jahr eindeutig für den Zukunftsentscheid – und somit für sozialverträgliche Klimaneutralität bis 2040 gekoppelt an jährliche Emissionsziele. Darauf reagierte Tschentscher mit dem verantwortungslosen Statement, dass in der aktuellen Legislaturperiode bis 2030 keine grundlegende Umplanung nötig sei. Der letzte Zwischenbericht zeigt zwar, dass einige Bereiche inhaltlich sinnvoll angegangen werden, aber nicht mit ausreichender Intensität und Priorität und somit die vom Senat teilweise schon formulierten Versprechen nichts wert sind. Außerdem ist seitdem für die Öffentlichkeit weitestgehend intransparent, welche Maßnahmen die Regierung ergreift und plant. Gleichzeitig kritisierte der Senat, dass der Zukunftsentscheid bei seiner Gesetzesänderung keine konkreten Pläne zur Umsetzung eines sozialverträglichen Klimaschutzes mitgeliefert hat. Diesem Vorwurf wollen wir hiermit einen Katalog von Maßnahmen entgegensetzen.

Die Linke forderte schon vor dem Zukunftsentscheid eine Klimaneutralität bis 2040 und legt dabei einen Schwerpunkt auf Gerechtigkeit. Untrennbar davon ist, dass es einen Systemwechsel braucht, der die Klimakatastrophe an ihrer strukturellen Ursache bekämpft, mit planetaren Grenzen vereinbar ist und die Überreichen als Haupt verursachende in Verantwortung nimmt. Aus diesem Grund muss die Umsetzung von den Verursacher*innen und der Stadt als Verantwortliche für die Daseinsvorsorge getragen werden, statt weiter Gelder in teure, klimaschädliche und geschichtsvergessene Prestigeprojekte zu investieren. Außerdem muss die breite Bevölkerung mit ihren Perspektiven und Lebensrealitäten in der Veränderung begleitet und darin einbezogen werden, unter anderem durch Klimaanpassung, stabilisierende Sozialmaßnahmen, Umverteilung und Demokratisierung.

Deswegen fordern wir als Linke vom Senat, endlich entschlossene, wirkungsvolle Klimapolitik zu machen

und den Zukunftsentscheid umzusetzen! Klimaschutz muss außerdem immer im gesamtgesellschaftlichen Kontext gedacht werden. Dazu liefern wir einen themenübergreifenden Maßnahmenkatalog und verpflichten uns selbst, in den Arbeits- und Bezirksgruppen der Partei auch über den Landesparteitag hinaus an Lösungen zu arbeiten.

Strom, Wärme, Gebäude

Zur Erreichung der Hamburger Klimaziele und den durch den Zukunftsentscheid vorgegebenen Zeitpunkt der Klimaneutralität 2040 ist sowohl eine Transformation des Gebäudesektors als auch die Dekarbonisierung und Energieverteilung im Energiesektor notwendig.

Von ca. 985.400 Wohnungen (Stand 2022) sind ca. 21% selbst bewohntes Eigentum und ca. 77% Mietwohnungen, sodass sich das Hauptaugenmerk der Gebäudemaßnahmen auf die letztgenannten richten muss. Wirksamer Klimaschutz ist nicht nur Wohlstandssicherung, er schützt auch vor den kaum noch kalkulierbaren Folgekosten des Klimawandels. Klimaschutz muss politisch ganzheitlich, sozial gerecht und konsequent umgesetzt werden Die steigende Zahl einkommensschwacher, armutsgefährdeter, oder Sozialhilfe empfangender Haushalte ist überproportional durch Wohn- und Energiekosten belastet.Besonders vor diesem Hintergrund muss die Energiewende zwingend sozial ausgewogen geplant und ausgeführt werden!

Maßnahmen:

Energieerzeugung

1. Pflichtbelegung mit Solarenergie auf allen geeigneten Dach- und Fassadenflächen öffentlicher Liegenschaften mit Blick auf vorrangigen Einsatz von PVT-Kollektoren (PV + Thermie). Wärmenutzung (Warmwasser, Heizung) in kalten Jahreszeiten und Nutzung des Thermieanteils zur passiven nächtlichen Kühlung im Sommer (Reduzierung elektr. betriebener Klimaanlagen) schneller und ambitionierter mit deutlich erhöhtem Ausbauziel verfolgen.

2. Messbarer, transparenter, kurzfristiger Ausbau von PV, vorrangig PVT-Anlagen auf öffentlichen Parkplätzen. Bei Einsatz von PVT-Anlagen mit Zwischenspeicherung des sommerlichen Wärmeüberschusses in großen saisonalen Speichern.

3. Die Stadt Hamburg erhält das vorrangige Nutzungsrecht, um auf allen privaten (Firmen-)Parkplätzen, die nicht zur energetischen Eigenversorgung genutzt werden, aufgeständerte dezentrale Kraftwerke mit PV – bevorzugt PVT – zu errichten und zu betreiben.

4. Rückkühlung der sich zunehmend aufheizenden, stehenden Gewässer (Seen, Teiche) und Verhinderung starker Algenbildung durch Einsatz von Wasser-Wasser-Wärmepumpen.

5. Mehr Tempo beim Ausbau von (möglichen) Standorten für (Fluss-) Wasserwärmepumpen.

6. Für Gebiete ohne Fernwärmeanschluss: Förderung und Aufbau von regenerativen dezentralen Quartiers- oder Wohngebietsbezogenen Wärmeerzeugungsanlagen bei gleichzeitigem Aufbau von Nahwärmenetzen, soweit möglich als Quartiersgenossenschaftsanlagen.

7. Schnellere, leichtere und bürokratiearme Flächensuche und Ausweisung inkl. der Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen.

8. Bevölkerungsbeteiligung an der Energiewende, wie Bürgerenergiegesellschaften, Bürgerforen,

transparente und inklusive Kommunikation, Anpassung an die individuellen Bedürfnisse der Betroffenen, gerechte Transformationsprozesse.

9. Windkraftparks generell nur mit Elektrolyseuranlagen zur Erzeugung von Wasserstoff oder Anlagen zur Erzeugung von Wärmeenergie genehmigen und bestehende Windparks schnellstmöglich mit solchen Anlagen zur Erzeugung von sekundären Energieträgern (z.B.: H2) oder Energieformen (z.B.: Wärme), die bis zur weiteren Nutzung und Weiterverarbeitung in Langzeitspeichern zwischengelagert werden können, nachrüsten. Begründung: Windkraftanlagen sollen bei Überschuss-Stromerzeugung oder ausgelasteten Stromspeichern nicht mehr vom Energieversorger abgeschaltet werden, sondern nicht im Stromnetz nutzbarer Überschussstrom muss stattdessen zur Produktion von sekundären Energieträgern oder Energieformen genutzt werden.

Energienutzung

10. Verstärkter Fernwärmenetzausbau durch einfachere und leichtere Genehmigungsverfahren beschleunigen.

11. Nahwärmenetzausbau und gleichzeitiger Ausbau dezentraler Wärmeerzeugung in Genossenschaftsmodellen durch einfachere und leichtere Genehmigungsverfahren beschleunigen.

12. Fernwärme aus regenerativen Energien: Der Fernwärmepreis muss immer unterhalb des günstigsten Wärmepreise aus fossilen Quellen angesiedelt sein. (Derzeit ist in einigen Stadtgebieten Fernwärme die teuerste Energie).

13. Unabhängige und kostenlose Beratung zu Energieerzeugung, Energienutzung und energetischer Sanierung für alle Haushalte (derzeit ist z.B. Energieberatung nur für Bezieher*innen von Grundsicherung, Sozialhilfe, Wohngeld, BAföG, Kinderzuschlag und Haushalte unterhalb der Pfändungsfreigrenzentabelle kostenlos). Die Beratung ist von der Stadt für Mieter wie für Eigentümer gleichermassen aufsuchend zu gestalten.

14. Erweiterung, Verlängerung (nach Juli 2027) und stärkere Bewerbung des Zuschussprogramms (90% max. 500 €) für Balkonkraftwerke für Haushalte mit geringem Einkommen. (Definition siehe vorherigen Punkt) Ausweitung der max. Leistung von 800 auf 1.000–1.200 W/p.

15. Einführung einer gestaffelten regressiven Förderung dieser Maßnahme für Haushalte mit Einkommen oberhalb der Pfändungsfreigrenze.

16. Verpflichtung der Immobilienwirtschaft, für alle vermieteten Bestandsgebäude größer als 3–4 Wohneinheiten einen hydraulischen Abgleich inkl. Nachweis durchzuführen inkl. Heizlastberechnung in Anlehnung an die 2024 ausgelaufene EnSiMiMaV (Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über mittelfristige Maßnahmen). Die Maßnahme betrifft alle Bestandswohngebäude im aktuellen unsanierten Zustand.

Gebäude

17. Energetische Sanierung der kommunalen Liegenschaften und der kommunalen Wohnungsbaubauten. bis spätestens 31.12.2039.

18. Verpflichtende, unabhängige Energieberatung inkl. des möglichen Einsatzes von Dach- und Fassadenbegrünung mit Nachweis für alle Vermietungs-, Wohngebäude ab 3–4 Wohneinheiten, inkl. eines verbindlichen nach sozialen Indikatoren und Vorgaben ausgestalteten Sanierungsfahrplans (energetische Sanierung der Gebäudehülle). Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei unsanierten und sich extrem aufheizenden und abkühlenden Dachgeschossen. Eine Fassadenbegrünung senkt

Außenwandtemperaturen an Hitzetagen um bis zu 15°C und kühlt durch Feuchtigkeitsabgabe. Fazit: Reduzierung elektrisch betriebener Klimageräte.

19. Anreize schaffen für eine schnellere Umsetzung von energetischer Sanierung von Wohngebäuden mit dem Steuerungsinstrument einer stetig steigenden CO2-Abgabe (fossile Brennstoffe), die ausschließlich von Vermieter*innen getragen werden, nach dem schwedischen Modell.

20. Umgehend eine Sanierungsstrategie entwickeln, die Energieeffizienz und die soziale Bedürftigkeit bewertet und geringe Einkommen entlastet. Gebäude wo viele Menschen mit geringen Einkommen (Sozialleistungen oder Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze) von Energiearmut und/oder hohen Wohnkosten betroffen sind, haben Vorrang in der Sanierungsreihenfolge.

21. Die soziale Sanierungsstrategie (Sozial vor Technik) muss zwingend die Mieter*innenseite schützen und warmmietenneutral erfolgen. Nach aktuellem Mietrecht z.B. durch geringere oder wegfallende Modernisierungsumlagen.

22. Auf Bundesebene darauf hinwirken, dass die seit Inkrafttreten der Heizkostenverordnung 1981, stufenweise abgeschaffte Bruttowarmmiete – nach dem seit 2000 erfolgreichen schwedischen Modell – wieder eingeführt wird.

Verkehr

Der Verkehrssektor ist mit einem Anteil von fast 30% (Verursacherbilanz 2024) an den Hamburger CO2-Emissionen ein entscheidender Hebel für den Klimaschutz. Während andere Bereiche bereits Emissionen einsparen, wird im Bereich der Mobilität keine CO2-Reduzierung erzielt.

Saubere, sichere und effiziente Fortbewegung muss für alle zugänglich werden, unabhängig von Einkommen, Einschränkungen und dem Wohnort. Daher muss der Umweltverbund (ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr) ausgebaut und die äußeren Stadtteile gut angebunden werden. Diese Mobilitätsformen müssen neben dem motorisierten Individualverkehr als gleichberechtigt anerkannt werden. Aus diesem Grund kann die ausschließlich Elektrifizierung des Individualverkehrs kann nicht die Antwort auf die notwendige Transformation des Verkehrssektors sein, wenn sie dazu führt, dass sie die genannten Maßnahmen verdrängt. Nur, wenn wir die ökologische Notwendigkeit mit echter sozialer Teilhabe vereinen, schaffen wir die gesellschaftliche Akzeptanz für eine moderne und klimaneutrale Mobilität. Die politische Vernachlässigung und die geplanten Mittelkürzungen sind unvereinbar mit wirkungsvollem Klimaschutz und entsprechend abzulehnen!

Maßnahmen:

23. Die Ziele sind nicht nur mit „bequemen Maßnahmen" erreichbar: Push (Abschreckungs)-Instrumenten (Verteuerung, Parkraumverknappung) und Pull-Maßnahmen (Anreize) müssen kombiniert eingesetzt werden.

24. Stadtweiter Ausbau der E-Ladestruktur.

25. „Nur-Anwohner*innen“-Parken ausweiten.

26. Parkgebühren erhöhen und damit gleichzeitig kommunale Einnahmen generieren sowie Fahrzeuge in der Stadt verringern.

27. Umfassende Elektrifizierung, Taktverdichtung und Ausbau des ÖPNV, sinnvoller Baustopp der U5 (Siehe

die neue Studie zur U-5) und geplante Strecken durch Straßenbahn ersetzen, mehr Busse, Verlässlichkeit, Sicherheit und Informationen durch mehr Bahnpersonal und Awareness/Security sowie die Barrierefreiheit garantieren,

28. keine weiteren Fahrpreiserhöhungen, stattdessen unverzüglicher Einstieg in die schrittweise Realisierung eines für alle kostenlosen ÖPNV bis 2030, wie dies für Schüler*innen bereits heute der Fall ist, zusätzlich finanziert durch die Unternehmenssteuern.

29. P+R-Stellplätze und kostenlose Fahrradboxen standardmäßig an Bahnhöfen/-stationen installieren.

30. Radwege und Radschnellwege ausbauen, schützen und instandhalten.

31. Sharingangebote verbessern (Car-/Bikesharing, hvv switch mehr fördern und mit der Bevölkerung gestalten),und bessere Park-Systeme mit festen Abstellstationen einführen Fußgänger*innenverkehr: versiegelte Wege und Flächen so barrierearm gestalten, dass keine Hindernisse aufgrund des Untergrundes entstehen (kein Kopfsteinpflaster, ebene Wege und Flächen), sinnvoll geführte, durchgängige und von Betroffenen gestaltete Leitsysteme, auch innerhalb von Gebäuden. Alle Zebrastreifen müssen ausreichend ausgeleuchtet sein und signalgesteuerte Übergänge mit kurzen Wartezeiten versehen sein.

32. Infrastruktur an die vermehrt autoarme Nutzung anpassen, Gehwege sind nicht als Parkplätze zu nutzen.

33. Innerstädtisch grundsätzlich Tempo 30.

34. Betriebliches Mobilitätsmanagement: Verpflichtung großer Hamburger Arbeitgeber (über 500 Beschäftigte) sowie großer Einrichtungen (Theater, Kinos, Einkaufscenter, Hallen/Stadien, Universitäten) mit mehr als 500 Besucher*innen am Tag, Verkehrskonzepte zu entwickeln, die darauf abzielen, dass die Beschäftigten und die Besucher*innen mit dem HVV, dem Fahrrad oder zu Fuß kommen, dazu HVV-Unterstützung (könnte 41.153 t/a CO2-Emissionen ersparen).

35. Grünes H2/E-Fuels in Schwerlast-, Schiff- und Flugverkehr einsetzen. Darüber hinaus sind auch Biokraftstoffe in Betracht zu ziehen, die keine Agrarflächen beanspruchen.

36. Der Flugverkehr muss reduziert werden, indem er auf die Schiene verlagert wird. Kurzstreckenflüge unter 500 km müssen verboten werden.

37. Privatflüge, die nicht als Notfalleinsätze dienen, sollen nicht mehr zugelassen werden. Das Verbot von Nachtflügen muss konsequent durchgesetzt werden

38. Zur Entlastung des Regional- und Güterverkehrs ist eine zweite Schienen-Elbquerung zwingend notwendig.

39. Keine Atomtransporte durch Hamburg.

40. Der Altonaer Bahnhof muss für den Fernverkehr erhalten bleiben.

Landwirtschaft

Landwirtschaft und Ernährung spielen bei der Klimakatastrophe ebenfalls eine bedeutende Rolle. Aus diesem Grund braucht es in viel größerem Umfang ökologischen Landbau und innerhalb dessen Regionalität sowie Reduzierung der Tierproduktion. Die chemisch basierte agro-industrielle Landwirtschaft trägt mit der aus ihr folgenden Bodendegradierung und dem Methanausstoß aus der Massentierhaltung genauso zum Ausstoß klimaschädlicher Emissionen bei wie die Herstellung von

chemischen Düngern und Schädlingsbekämpfungsmitteln, die diese Form der Landwirtschaft benötigt. Durch eine geänderte, organische Bearbeitung der Böden mit vielfältigen Fruchtfolgen hingegen binden diese Böden bedeutend mehr Kohlenstoff als konventionell bearbeitete. Mit dem Einsatz von Grün- und anderen natürlichen Düngern sowie der Re-Mineralisierung durch Gesteinsmehlausbringung werden die Emissionen bei der Düngemittelherstellung verringert.

Maßnahmen:

41. Die Stadt Hamburg transformiert nach dem Vorbild der Stadt Kopenhagen mit der Kopenhagen House of Food-Stiftung und dem Berliner „Kantine- Zukunft“- Projekt mit begleitender Beratung die Nahrungsmittelversorgung öffentlicher Küchen zu einem Bio-Anteil in den Grundzutaten bis zu 90%. Die Beratung zielt auf die gleichzeitige Transformation des Ernährungsaufbaus und der Kochprozesse, mit der eine Umstellung ohne Kostensteigerung möglich ist und es nicht zu 20–30% Kostensteigerungen kommt, die bei einem einfachen Austausch der Nahrungsmittel zu erwarten wären. Mit weiteren Vorgaben zu Saisonalität, Vielfalt, Abfallminimierung, grünem Transport und Verpackung kann die öffentliche Lebensmittelbeschaffung einen großen Beitrag zur Förderung regionaler Bio-Betriebe leisten und somit zum Schutz von Klima, Umwelt und Artenvielfalt in Hamburg und seiner Umgebung beitragen. Zusätzlich wird ein großer Beitrag zur gesunden Ernährung der Hamburger Bürger*innen in allen Kantinen in öffentlicher Hand geleistet, z.B. in Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern, usw.

42. Die Stadt Hamburg fördert regionale biologische Landwirtschaft sowie Initiativen für Urban Gardening und Solidarische Landwirtschaft (SoLaWis) und trägt so nicht nur zu einer Ernährung mit höheren Nährwerten und verringerten Schadstoffen, sondern auch zu Böden, die potentiell deutlich mehr CO2 speichern können, Abfallminimierung und Transportverringerung bei.

Land- und Forstnutzung

Die Art und Weise, wie Land genutzt wird, sich diese Nutzung ändert oder Forstwirtschaft auf ihm betrieben wird, hat einen starken Einfluss auf die Treibhausgasbilanzierung.

Während z.B. Wälder, Äcker, Grünland und Moore Treibhausgase aufnehmen und als Kohlenstoffsenke wirken, entstehen durch Siedlungen, Entwaldung oder die Entwässerung von Moorböden Emissionsquellen.

Maßnahmen:

43. Durch Umwidmung von Randflächen und die Verdichtung bestehender Grünkorridore schafft die Stadt Hamburg zusätzliche Waldflächen und forstet diese als Klimawälder auf. Sie schützt die über 4258 ha Wald, über die sie derzeit verfügt, und passt diese an den Klimawandel an. Für einen transformativen Ansatz gilt es, zusätzlich zu prüfen, inwieweit weitere Flächen in Waldflächen umgewidmet werden können.

44. Als effektivster CO2-Speicher aller Landlebensräume hilft die Wiedervernässung von Mooren nicht nur bei der Einsparung von CO2-Emissionen, sondern auch dabei, CO2 wieder aus der Atmosphäre zu ziehen. Mit den Mooren im Norden (Wandsbek) und im Südwesten (Harburg) wie dem Wittmoor, dem Stapelfelder Moor und dem Nincoper Moor hat Hamburg hier entsprechendes Potential. Neben 188 ha als Moor deklarierten Flächen gibt des auf dem Hamburger Stadtgebiet geschätzt weitere 185 ha Moorböden unter landwirtschaftlicher Nutzung. Zusammengenommen wären ca 370. ha wiedervernässbar.

45. Wiedervernässung von Mooren steht im Flächen- und somit im Interessenkonflikt mit landwirtschaftlicher Nutzung. Ein Ansatz zum finanziellen Ausgleich kann hier die Kombination von Paludikulturen (z.B. Röhricht für Dachreet) in Kombination mit Photovoltaik sein, der gleichzeitig noch zusätzlich zur CO2-Einsparung mitwirkt. Unter anderem durch Abschattung kann die Verdunstung gedämpft werden und sommerlichem Austrocknen und dem mit diesem Umstand verbundenen Emittieren von Methan entgegenwirken. Die Stadt Hamburg unterstütz im Rahmen der Wiedervernässung bei Prüfung und Umsetzung dieses Ausgleichansatzes. Sie soll ebenfalls die Zusammenführung von Flächen unterstützen.

46. Im Interessenkonflikt zwischen landwirtschaftlicher Nutzung und dem Flächenbedarf für den Photovoltaik-Ausbau kann die Kombination, die sogenannte Agri-Photovoltaik, durch Schutz vor durch den Klimawandel zunehmenden negativen Umwelteinflüssen wie überhöhter Verdunstung, zu starke Einstrahlung und Sturmschäden ein Ansatz mit positiver Wirkung sein. Hier müssen landwirtschaftliche Betriebe bei der Umsetzung beraten und unterstützt werden.

Abfallwirtschaft

Der Sektor Abfallwirtschaft kann ebenso einen wichtigen Beitrag zur Emissionsreduzierung leisten.

Hierbei spielen besonders Abfallvermeidung, verstärkte Kreislaufwirtschaft und Nutzung von Abwärme aus der Müllverbrennung für das Fernwärmenetz eine Rolle.

Maßnahmen:

47. Die Stadt Hamburg führt über die Stadtreinigung ein einheitliches, städtisches Mehrwegsystem für den Außer-Haus-Verzehr ein. Analog zu Glas- und Altpapiercontainern werden an zentralen Stellen durch die Stadtreinigung Pfandcontainer für die vereinfachte, nicht an Öffnungszeiten und Betriebe gebundene Rückgabe aufgestellt. Durch die Reduzierung des Mülls wird nicht nur CO? vermieden, sondern auch die Sauberkeit in der Stadt gesteigert und die Kosten für die kommunale Entsorgung reduziert.

48. Zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und daraus resultierendem Abfall muss Hamburg sich dafür einsetzen, dass Containern straffrei wird.

49. Zur Verminderung des Ressourcenverbrauchs und im Sinne des neu geltenden Rechts auf Reparatur fördert die Stadt Hamburg Leih- und Reparaturläden und führt einen Reparaturbonus ein.

50. Die Nutzung und Begasung von Holz mit dem hoch klimaschädlichen Gas Sulfuryldifluorid im Hafen ist zu verbieten.

Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen

Der Industriesektor ist einer der größten Verursacher energiebedingter Emissionen, des Artensterbens und war 2024 Auslöser von 26% des CO2-Ausstoßes in Hamburg. Besonders ausschlaggebende Emissionsursachen und damit Hebel für Transformation liegen in den Produktionsprozessen. Es sind also massive Veränderungen nötig, bei denen immer zu bedenken ist, dass sie 132.000 industriebeschäftigte Menschen einschneidend in ihrem Alltag betreffen. Dabei möchten wir sie begleiten, auffangen und den Wandel mit ihnen gemeinsam gestalten.

Im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen entstehen Emissionen meist als Nebenprodukt des laufenden Betriebs. Dieser Bereich ist sehr heterogen und reicht vom kleinen Handwerksbetrieb über Handels- und Bürogebäude bis zu öffentlichen Einrichtungen. Entsprechend vielseitig und auf Situationen zugeschnitten müssen auch die Lösungen in diesem Sektor sein.

Viele grundlegende Punkte wie energetische Umstellung von Produktionsabläufen und Optimierung von Anlagetechnik geht der Senat bereits an, setzt aber oft auf Freiwilligkeit, befristete Unterstützung und wartet auf Bund und EU. Ein Anstieg industrieller Emissionen um 6% von 2023 zu 2024 zeigt, dass industrielle Transformation als “Das Gleiche in Grün” nicht ausreicht. Wir müssen die Systemfrage stellen und Formen des Wirtschaftens entwickeln, die Mensch und Umwelt vor den Profit stellen. Dieser Unsicherheit des Übergangs zwischen der Umformung der jetzigen Industrie und dem Aufbau einer neuen Wirtschaft können wir nur durch schrittweise Gestaltung im Prozess gemeinsam begegnen – als Partei und im Dialog mit den Menschen.

Maßnahmen:

51. Produktionsprozesse dekarbonisieren: Energiebedarf industrieller Wertschöpfung senken, fossil betriebene Prozesse auf Strom, Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energien umstellen. Abwärmenutzung. Ergänzend nicht-elektrifizierbare Prozesse, beispielsweise in Metall- und Mineralölindustrie, auf grünen Wasserstoff umstellen.

52. Grüner Wasserstoff in öffentlicher Hand, klar reguliert und ausschließlich für industrielle Nutzung.

53. Betriebliche Wärmeversorgung und Prozesswärme auf erneuerbare Energien umstellen, dezentral über Wärmepumpen und Biomasse sowie netzgestützt über dekarbonisierte Fernwärme.

54. Gewerbeprozesse energieeffizient umstellen.

55. Holzprodukte zur Energiegewinnung verbieten

56. Optimierung von Anlagentechnik: u.a. hydraulischer Abgleich, Effizienzanzeigen an Heiz- und Kühlanlagen, intelligentes Gebäudemanagement, kontinuierliches Energiemanagement. Einrichtung von (an die jeweilige Betriebsgröße angepassten) Effizienzstandards und -pflichten.

57. Förderung an verbindliche Pläne mit klaren Transformationspfaden in den Bereichen Dekarbonisierung, Betriebs- und Anlagentechnik sowie Gebäudesanierung koppeln. Hierfür auch Nutzung und Ausbau von ökologisch ausgerichteten Industriepartnerschaften und -netzwerken. Aktuelle Beratungsangebote entfristen, ausbauen, regelmäßig wiederholen und mit Monitoring/Audits kombinieren.

58. Förderinstrumente für energetische Sanierung erweitern, auch vermehrt für private Nichtwohngebäude, und dabei die vielfältigen Ausgangslagen berücksichtigen bzw. Prozesse entbürokratisieren.

59. Förderung von demokratisch kontrolliertem Betriebseigentum durch (Re)Kommunalisierung oder genossenschaftlichem Eigentum: Die Rekommunalisierung der Hafeninfrastruktur und der Ausbau von Energiegenossenschaften, Bürger*innenenergie sowie eine öffentliche Beteiligung an Solar- und Windanlagen.

60. Nachhaltigkeitspotenziale vom Hafen voranbringen: Sanierung und effizientere, intensivere Nutzung bestehender Flächen statt neu zu bauen, Gütertransporte von der Straße auf Schiene und Wasserwege verlegen, Landstrom weiter ausbauen und Nutzungspflicht für Kreuzfahrt- und Containerschiffe sofort umsetzen, Reedereien auf emissionsfreie Antriebe und Kraftstoffe verpflichten. Eine Hafenstrategie zur Verteilung von Kapazitäten und Reduktion von Schiffsverkehr entwickeln

61. Reduzierung digitaler Außenwerbung und Abschaltung nächtlicher gewerblicher Beleuchtung, um Energie zu sparen

Rechenzentren als Potenzial nutzen

Hamburgs rund 50 Rechenzentren, laut BUKEA 26 private und 24 öffentliche, mit einer IT- Leistung von ca. 100 MW und einem Stromverbrauch von ca. 680 GWh/a als mögliche Abwärmequellen betrachten. Konservativ gerechnet kann so eine kurz- bis mittelfristig in Wärmenetzen nutzbare Abwärme von ca. 150–250 GWh/a erreicht werden, was für die Beheizung von ca. 12.500–20.000 Wohnungen (12 MWh/a/ Wohneinheit) ausreicht. Diese Potenziale gezielt sozial nutzen und energetisch ineffiziente Mietwohnungen sowie einkommensschwache Haushalte in Heizkosten und gegen CO2-Belastung unterstützen.

62. Dafür muss der Senat ein „Hamburger Programm zur 100% erneuerbaren Strom- und Abwärmenutzung bei Rechenzentren“ entwickeln, wozu gehört:

1. kurzfristig ein vollständiges Rechenzentrumkataster mit allen Standort-, Strom- und Abwärmerelevanten Daten erstellen.

2. Die Genehmigung für neue Rechenzentren darf nur mit einem verpflichtenden Abwärmenutzungsplan erteilt werden. Bereits bestehende Rechenzentren haben ihn innerhalb einer Übergangsfrist zu erarbeiten und vorzulegen.

3. Betriebsgenehmigungen für neue Rechenzentren sollen nur mit nachgewiesenem Anschluss an ein Nah- oder Fernwärmenetz erteilt werden. Wegen der relativ niedrigen Abwärmetemperaturen (30–50°C) sind kalte Nahwärmenetze als energetisch effizientere Variante zu bevorzugen.

4. Rechenzentren zur Transparenz verpflichten, jährlich alle relevanten Energie- und Abwärmedaten im Rahmen eines Monitorings zu veröffentlichen.

63. Keine neuen Gaskraftwerke zur Stromversorgung von Rechenzentren.

64. Vorrang für öffentliche, europäische Infrastruktur statt Abhängigkeit von Großkonzernen. Auf effiziente, standortübergreifende Kooperation statt Konkurrenz setzen.

Anstöße für eine neue Wirtschaft, die Menschen und die Umwelt ins Zentrum rückt

65. Neben Verursacherbilanz auch eine verbrauchsbasierte Bilanzierung stellen, die ermittelt, welche Emissionen Hamburger*innen durch ihre Nachfrage verursachen, und somit weitere Handlungsfelder eingrenzt.

66. Vernetzt mit Forschung und Expert*innen neue Maßstäbe für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand entwickeln, die Menschen, Nachhaltigkeit und Resilienz statt Wachstum und Profiten ins Zentrum rücken. Einheitliche Indikatoren festlegen und Fortschritte prüfen. Maßstäbe wie der Genuine Progress Indicator GPI, der Planetary pressures-adjusted Human development Index PHDI oder die SDG 17 als Vorbilder.

67. Governance der Stadt nachhaltig und Sozial- und Klimaverträglichkeit zur Priorität machen, u.a. bei Subventionen, Partnerschaften, Finanzierung und Forschung.

68. I.) Abbau klimaschädlicher Industrie, aber Menschen in den Übergängen begleiten. Betriebe bei Transformation zu nachhaltigen Sektoren unterstützen und z.B. Umschulungen statt Entlassungen befördern. Sozialsysteme stärken, um in Erwerbslosigkeit und Umorientierung zu unterstützen.

69. Gezielt umweltfreundliche, transformationsbefördernde Wirtschaftsfelder durch finanzielle Förderung und Bildungsprogramme stärken (städtische Initiativen stärken und ausweiten), neben Klimatechnik auch Reparatur, Verleih und Kreislaufwirtschaft. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen ist eine umfassende Aus- und Weiterbildungsoffensive von und für Fachkräfte notwendig.

70. Suffizienzstrategien entwickeln: Immaterielle(re) Berufsfelder wie Gesundheit, Bildung, Dienstleistung

und Kultur stärken, Überproduktion und damit zusammenhängende Arbeitsstunden und Produktion unter Sicherung der Arbeitsplätze und Löhne herunterfahren.

71. Angst vor der Zukunft bekämpfen, indem wir sie mit den Menschen gemeinsam gestalten. Gesprächsformate mit und zwischen Beschäftigten, Gewerkschaften und Erwerbslosen organisieren. Bürger*innenräte gründen, die neue wirtschaftliche Richtung gemeinsam einschlagen, konkret statt akademisiert reflektieren und Schritt für Schritt Ziele ermitteln.

Überschrift hier

Militär und Rüstungsindustrie sind eng mit der fossilen Wirtschaft verzahnt. Militärmissionen dienen keineswegs der „Friedenssicherung“ sondern primär dem Schutz von Öl- und Gas-Handelswegen sowie der Durchsetzung imperialer Ausbeutungsverhältnisse. Kriege selbst hinterlassen langfristig verheerende ökologische Schäden durch brennende Raffinerien, zerstörte Ökosysteme und massive CO?-Emissionen. So stößt beispielsweise ein einzelner Flug eines F-35-Kampfjets bis zu 28 Tonnen CO? aus. Die immensen Rüstungsausgaben führen nicht nur zu Sozialkürzungen sondern blockieren auch wichtige Investitionen für einen klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft. Die aus Deutschland wesentlich mit angetriebene globale Rüstungsspirale bedroht mit einem ggf. auch atomar eskalierenden Krieg globaler Großmächte den Bestand menschlichen Lebens insgesamt. Linke Klimapolitik ist deshalb konsequent antimilitaristisch. Wir fordern:

- Die Beendigung aller Pläne zum Aufbau einer Hamburger Rüstungswirtschaft.
- Die Beendigung der Rüstungs- und Sicherheitskooperationen mit Rheinmetall im Hamburger Hafen
- Ein Verbot von Waffenexporten und Munitionstransporten durch den Hafen
- Die Durchsetzung der Zivilklausel an allen Hamburger Hochschulen. Forschungsgelder sollen nur noch an Einrichtungen mit einer zivilen Forschungsverpflichtung vergeben werden.
- Die Beendigung von Militärmanövern wie Red Storm
- Hamburg muss endlich seine Verpflichtungen aus dem Mayors for Peace Agreement erfüllen
- Ein strikter Stopp von Aufrüstung und die Umwidmung militärischer Investitionsmittel für zivile Zwecke, insbesondere den sozial-ökologischen Umbau der Infrastruktur.

Klimaanpassungsmaßnahmen

Klimaanpassungsmaßnahmen sind kein Thema der Zukunft mehr, sondern müssen Menschen schnellstmöglich vor der Klimakatastrophe schützen, die uns bereits trifft. Klimaanpassung ergänzt den Klimaschutz, ersetzt ihn aber nicht: Ohne konsequente Emissionsminderung verschlimmern sich die Umstände weiter und der Anpassung werden immer stärkere Grenzen gesetzt. Zugleich sind die Folgen des Klimawandels sozial ungleich verteilt: Besonders vulnerable Gruppen wie Ältere, Pflegebedürftige, Kinder, Vorerkrankte, Behinderte, einkommensschwache Haushalte und Wohnungslose sind überproportional betroffen und werden seltener durch Klimaanpassungsmaßnahmen geschützt (z.B. gedämmte Wohnungen). Alle Maßnahmen sind sozialverträglich und gerecht umzusetzen und unter demokratischer Beteiligung der Beschäftigten zu entwickeln. Entsteht durch eine Maßnahme eine finanzielle Mehrbelastung vor allem bei durchschnittlichen und niedrigen Einkommen, ist ein entsprechender Sozialausgleich einzuplanen.

Hamburg verfügt seit 2025 über eine Strategie zur Klimaanpassung und einen Hitzeaktionsplan. Dass zu

wenig passiert, liegt also nicht an fehlendem Wissen, sondern an zu wenig Verbindlichkeit, Finanzierung, Priorisierung, sozialer Absicherung, transparenter Kommunikation und Verantwortung.

Maßnahmen:

Ökologische Anpassungsmaßnahmen

72. Förderungen von Fassadenbegrünung, (Solar-)Dachbegrünung und Entsiegelungsprojekte sollen weitergeführt, proaktiv und bürokratiearm angewendet werden.

73. Verbindlicher und konsequenter Plan für Entsiegelung von Flächen.

74. Grünflächenversorgung (z.B. in Form von Grünpatenschaften) nach Umweltgerechtigkeit sinnvoll priorisieren (grün-unterversorgte, sozial benachteiligte Quartiere).

75. Ausweitung von Flächen mit Bäumen und sinnvolle Verschattung von öffentlichen Flächen, Straßen, Wegen, Fußgängerzonen, Spielplätzen mit Bäumen,

76. Kühlung/Beheizung kritischer Infrastruktur (aus Erneuerbaren), vor allem Schulen, Kindergärten, Pflegeheime, Senior*innentreffs, Jugendtreffs, Krankenhäuser.

77. flächendeckende Trinkwasserspender, gekennzeichnet und priorisiert in dicht bewohnten, sozial benachteiligten Quartieren errichten, an öffentliche und kostenfreie WCs anbinden, Zielwert für Versorgungsdichte festlegen.

78. Wasserknappheit vorbeugen, Trinkwasser sparende Methoden, Wassernutzungshierarchie für Trockenperioden festlegen (Bevölkerung und kritische Infrastruktur,z.B. Krankenhäuser, vor Industrie).

79. Einrichtung eines Monitorings zur Nutzung des Grundwassers zu Grundwasserständen, Nutzungsmengen und Qualität von unabhängigen Stellen sowie eine davon abhängige Nutzungsbegrenzung für die Industrie und eine generelle Befristung von Vertragsdauern für die Grundwassernutzung

80. Die Stadt Hamburg muss eine Strategie zur effektiven Nutzung von Grauwasser entwickeln. Dazu muss die Regenwassernutzungserlaubnis von der reinen Grünflächenbewässerung auch auf die Nutzung für WC-Spülungen und Waschmaschinen ausgeweitet werden. Neubauten (Wohn-, Nichtwohn- und öffentliche Bauten), sind nur noch mit Einbau einer solchen erweiterten Regenwassernutzungsanlage zu genehmigen. Es ist zu prüfen, inwieweit bei Bestandsbauten eine solche erweiterte Regenwassernutzungsanlage nachgerüstet werden soll. Zeitgleich ist die Förderrichtlinie (zur Zeit max. 3.000,– € Zuschuss) zu überprüfen und gegebenenfalls zu erweitern.

81. Dusch- und Warmwasser fließen mit Temperaturen von ca. 30 - 40°C ins Abwasserrohr. Diese nutzbare thermische Energie muss hocheffizient über Abwasserwärmerückgewinnung (AWR) recycelt werden. Hierzu sind -vornehmlich dezentral - Abwasserwärmerückgewinnungstrategien auf Gebäude- und Quartiersebene zu entwickeln. So sollen Neubauten (Wohn-, Nichtwohn-, öffentliche Bauten) und neue Quartiere nur noch mit AWR- Anlagen genehmigt werden. Bei Bestandsbauten ist vor Sanierungs- und umfangreichen Instandhaltungsmaßnahmen die Nachrüstung zu prüfen und wo immer möglich einzubauen.

Soziale Klimaanpassung

82. Rechte für Mieter*innen an Klimafolgen anpassen; sommerlicher Wärmeschutz auch im Bestand möglichst aus erneuerbaren Energien umsetzen (vor allem auch SAGA/Sozialimmobilien); Wohnungskühlung und Wärmeschutz warmmietenneutral umsetzen, um klimabedingte Verdrängung zu verhindern und soziale Gerechtigkeit zu garantieren.

83. Kühle Orte niedrigschwellig, kostenfrei, diskriminierungsfrei und ohne Konsumzwang öffnen

84. Hitze-Hilfsprogramm für wohnungslose Menschen (analog zu Winternotprogramm); aktiv aufsuchende, mehrsprachige Angebote für isolierte Ältere, Pflegebedürftige und schwer erreichbare Gruppen.

85. Priorisierung von unterversorgten und sozial benachteiligten Quartieren bei allen Maßnahmen.

86. gesundheitsorientierte Stadtplanung, die ökologische und allergologische Aspekte zusammen denkt und Biodiversität als Schwerpunkt sieht, damit Erholung und Regeneration für alle Menschen möglich ist.

87. Klimaanpassung verbindlich unter Sozialverträglichkeitsgebot des Zukunftsentscheids fassen, soziale Gerechtigkeitslücken-Analyse durchführen; Förderprogramme sozial staffeln.

Katastrophenschutz, Kommunikation und Monitoring

88. Verstärkter und schneller Ausbau von Sprühwasservernebelungsanlagen nach dem Vorbild des Nebelfelds am Jungfernstieg (Temperatursenkung ca. 5 - 10°C) im Rahmen des Hamburger Hitzeschutzplans. Die derzeitige Prüfung von 5 Standorten im HH- Mitte soll auf alle Innenstadtteile und Bereiche mit großer verdichteter Bauweise erweitert werden. Hierbei sollen die Pumpen mit lokal erzeugter Solarenergie oder durch Anschluss an das auf Ökostrom umgestellte Hamburger Energienetz betrieben werden.

89. Inklusiven, barrierefreien Katastrophenschutz verankern: Warnung/Evakuierung in leichter Sprache, mehrsprachig, visuell/taktil; Vorhaltepflicht lebens- und versorgungsrelevanter Ressourcen für Pflege und Kliniken; barrierefreie, hitze- und starkregensichere Mobilität der Bevölkerung ermöglichen (auch bei Evakuierungen).

90. Fördern von relevanten Ehrenämtern wie Technisches Hilfswerk, freiwillige Feuerwehr oder DLRG und Strukturen durch die Finanzierung von Festanstellungen stärken.

91. Präventive Maßnahmen (Kellerräume abdichten und Rückstausicherungen für alle Gebäude) und zukunftsweisenden Hochwasser-, Sturm- und Überschwemmungsschutz ausbauen.

92. Quartiers-Notfalltreffpunkte (Notfallinformationspunkte) für Blackout- und Extremwetterlagen einrichten und kommunizieren.

93. Kommunikation zu richtigem Verhalten in Extremwetterlagen und Katastrophen verbindlich in Lehrplan aufnehmen, regelmäßig und altersgerecht vermitteln, Informationsmaterial zugänglich an das Elternhaus weitergeben.

94. Besser über UV- und Hitzefolgen und -schutz am Arbeitsplatz aufklären.

95. Kommunikation und Aufklärung digital, inklusiv und bürger*innennah ausbauen.

96. Stand der Entwicklung berichten und durch Kartierungen von bspw. Stadtgrün und Entsiegelung für Bevölkerung nachvollziehbar machen und soziale Verwundbarkeit durch Hochwasser und Starkregenereignisse aufzeigen.

97. Hochwasserprävention an Gebäuden (Rückstausicherungen, Souterrain-Schutz). Schwammstadt-Prinzip und unterirdische Retention verbindlich und konsequent umsetzen.